Montag, 22. November. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 9444. 1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 ℛℳ 50 ₰. — Auswärts 5 ℛℳ — Inserate, pro Petit-Zeile 20 ₰, nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüßler.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Novbr. Die Preußische Bank hat den Discont auf 5, den Lombardzinsfuß auf 6 Proc. herabgesetzt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Köln, 21. Novbr Die englischen Posten vom 19. Abends und vom 20. früh, welche bereits gestern Nachmittag und beziehungsweise heute früh gefehlt hatten, sind noch nicht eingetroffen. Neuerdings fehlt wieder die zweite Londoner Post vom 20. Abends (planmäßig in Köln um 2 Uhr 50 Minuten Nachmittags). Grund: Kanalüberfahrt noch eingestellt.

San Sebastian, 21. Novbr. Durch hier eingegangene Nachrichten aus Biscaya wird bestätigt, daß Don Carlos in Durango krank liegt. — General Quesada hat das Hauptquartier nach Logrono verlegt und begiebt sich demnächst nach Madrid, um der Conferenz der Generale zur Berathung des weiteren Feldzugsplanes beizuwohnen.

Rom, 21. Novbr. Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Mittheilung, daß die italienische Regierung behufs Rückkaufs des lombardischen Eisenbahnnetzes 39 Millionen Francs Rente emittiren würde, wird von der „Agenzia Stefani“ als unbegründet bezeichnet. Dieselbe fügt hinzu, die Baseler Convention werde erst in der nächsten Session der italienischen Kammern, welche im Januar k. J. beginnen werde, zur Berathung gelangen. Außerdem müßten auch die Verhandlungen über die Trennung des lombardischen Eisenbahnnetzes von den südösterreichischen Bahnen vollständig zum Abschluß gelangt sein, bevor der bezügliche Vertrag den Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden könne.

London, 21. Nov. Nach einer Meldung des „Standard“ sind die Nachrichten von den in der Nacht vom 19. zum 20. d. M. an der englischen Küste bei Dover vorgekommenen Schiffsunfällen nicht genau und bedürfen noch der Bestätigung. Demselben Blatte zufolge sollen nur mehrere Schiffe von ihren Ankern losgerissen worden sein.

Kalkutta, 20. Novbr. Die Regierung legt der in Rangoon entdeckten Verschwörung keine politische Wichtigkeit bei. Auch hat daselbst keine Ruhestörung stattgefunden und sind die Geschäfte nicht unterbrochen worden.

Reichstag.

12. Sitzung vom 20. November.

Die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1876 wird fortgesetzt,

Abg. v. Minnigerode: Im vorigen Etat herrschte bei der großen Mehrheit im Hause Friede und Freundschaft mit der Regierung in fast all ihren Voranschlägen. Nur wir von der Rechten erschienen damals als die Ruhestörer, indem wir eine gerechtere Vertheilung der Ausgaben und Einnahmen verlangten und insbesondere die Höhe der Matricularbeiträge einer scharfen Kritik unterzogen. Wir fanden aber damals bei den Nationalliberalen den lebhaftesten Widerstand. Es war schon damals unsere Ueberzeugung und sie hat sich seitdem noch verstärkt, daß diese ruhige, alle Reformen ablehnende Haltung der liberalen Partei nur die Hülle war, um ihre eigene innere Verlegenheit zu verbergen. Anstatt sich an ein festes Princip zu halten, sind Sie gewohnt, die Dinge an sich herankommen zu lassen, und haben das Schlagwort „Abwarten“ zu ihrer Devise erkoren. Ein solches System scheint mir aber doch wenig angemessen für eine Partei, die sich die herrschende nennt, und die berufen ist, in erster Linie in Action zu treten. Die Zölle und Verbrauchssteuern sind im diesjährigen Etat viel zu hoch, nämlich mit 13½ Millionen mehr veranschlagt, als im Vorjahre, werden aber um 7 Millionen, also um die Hälfte mehr ergeben. Wir haben Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern 1873: 132 Millionen, 1874 aber nur 113 Millionen, und wenn man für 1875 118 Millionen in Ansatz gebracht hat, so hat man gewiß eher zu hoch als zu tief gegriffen. Gerade die Zölle und Verbrauchssteuern sind der Ausdruck einer wirthschaftlichen Krisis, die wesentlich fußt auf der wirthschaftlichen Gesetzgebung vom Ende der sechsziger Jahre, welche mit einer wahren Ueberstürzung zu einem ganz neuen Wirthschaftssystem überging, die Gewerbe- und Industrieverhältnisse vollständig umkehrte, und insbesondere durch das Actiengesetz Calamitäten heraufbeschwor, die heute im Hause Niemand den Muth haben wird zu leugnen. Wenn ein Haupttheil der Verantwortung für diese Uebelstände der Gesetzgebung zufällt, so trägt eine kaum minder große Schuld der Theil der Presse, der dem Actienschwindel in die Hände gearbeitet hat. Wir stehen gegenwärtig vor dem wirthschaftlichen Bankerott der Gesetzgebung, das beweist der Rückgang der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. (Widerspruch.) Der Redner wendet sich hierauf den einzelnen Etats zu, deren Mehransätze er fast durchweg billigt, insbesondere für die Marine; für die Militärverwaltung ist er bei der kritischen wirthschaftlichen und Finanzlage allerdings nicht geneigt, vorweg alle einzelnen Mehransprüche zu bewilligen. So wie nun eine Reform der Reichsfinanzen in Aussicht genommen wird, kommt man gleich mit dem Schlagwort: Neue Steuern! Wer will denn neue Steuern? Dieses Schlagwort ist eine vollständige Verschiebung der Verhältnisse Die Matricularbeiträge sind keine Steuern. Wir wollen die Matricularbeiträge zum Theil durch neue Steuern ersetzen. Das ist das Sachverhältniß. (Sehr richtig.) Die Abhängigkeit des Reichs von den Finanzbudgets der Einzelstaaten halte ich für kein richtiges Verhältniß. Noch peinlicher aber ist dies Verhältniß für die Einzelstaaten, sobald sie die Fluctuation der Matricularbeiträge voraussetzen. Der Abg. Richter erinnerte selbst im vorigen Jahre an das Mißverhältniß, wenn der Holzfäller im Thüringer Walde und wenn der Ziegelbrenner im Lippe'schen ebenso belastet wäre als der reiche Hanseat. Ja, die Worte höre ich wohl, aber die Thaten fehlen. Meine Freunde (die Conservativen) sind prinzipiell für neue Reichssteuern, also prinzipiell auch für die hier vorgeschlagenen Steuern. Die Börsensteuer ist eine im ganzen Lande sehr populäre Steuer; man bringt sich in keiner Weise in Gefahr, wenn man sich dafür engagirt. Ich bedaure nur, daß man diese Steuer nicht schon 1873 eingeführt hat, das Reich hätte damals einen sehr reichen Fischzug gemacht. Zur Brausteuer ist unser Verhältniß ein anderes als zur Börsensteuer. Wir würden der Tabaksteuer den Vorzug geben. für welche jedoch auf eine Mehrheit in diesem Hause nicht zu rechnen ist. Darum lassen wir die minder empfehlenswerthe Steuer gelten, weil wir die bessere nicht bekommen können. Ich schließe mit der Frage, ob es nicht geboten sei, auf dreijährige Etatsperioden hinzuarbeiten, wie sie bereits in vielen deutschen Staaten bestehen. Wenn die Regierung nur in der Form von Nachtrags-Etats Mehrforderungen erhalten kann, so würde sie viel vorsichtiger sein. Hier sitzt doch kein diätensattes Parlament von Beamten und Literaten. Wir kommen hierher, unsere Erfahrungen auszutauschen zum Nutzen der Gesammtheit, wollen aber möglichst bald wieder dahin zurückkehren, wo der eigentliche Schwerpunkt unserer Thätigkeit liegt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Der Minister Delbrück, ebenso wie die Rede, mit welcher der Reichstag eröffnet worden ist, sucht diesen gewissermaßen als durch die vorjährige Etatsberathung für die Steuervorlagen engagirt darzustellen. Es ist dies einfach eine Verwechselung mit dem damaligen Standpunkte des Abg. v. Minnigerode, der uns allerdings zu jener Zeit eine reiche Auswahl von Steuern dargeboten hat, unter welchen auch die Börsensteuer und die Erhöhung der Brausteuer nicht fehlten. Herr v. Minnigerode war damals für neue Steuern, wo wir sie nicht bedurften, er ist heute dafür, wo man ihrer auch nicht bedarf. Das System seiner politischen Freunde ist sehr einfach, es heißt: „neue Stenern unter allen Umständen“. (Zustimmung links.) Hr. v. Minnigerode sagt: „die Börsensteuer ist populär, ich werde mich nicht in Gefahr bringen, wenn ich mich dafür engagire.“ Ich kenne mehr populäre Steuern, so die Erhöhung der Branntweinsteuer, und ich würde mich dafür ohne Gefahr engagiren können, der Hr. v. Minnigerode vielleicht nicht. (Unruhe rechts.) Das politische Ideal dieser Herren, die alten Stände, entbindet mich übrigens, mich so eingehend mit ihm zu beschäftigen, wie dies vielleicht vor 20 Jahren nothwendig gewesen. (Heiterkeit links.) Ich muß allerdings anerkennen, daß der Minister Delbrück, als wir im Vorjahre statt der Erhöhung der Matricularbeiträge die Verwendung der Ueberschüsse beschlossen, uns für nene Steuern zu engagiren suchte. Wie von mir der Vorschlag der Einstellung der Ueberschüsse ausgegangen, so war ich zufällig auch derjenige, der damals gleich hinter Hrn. Delbrück zum Worte kam, auch ich verwahrte mich so damals gegen seine Auffassung, weil wir überhaupt gegen jede unnöthige Vermehrung der Einnahmen waren. In ähnlicher Weise hat sich der Abg. Rickert gegenüber den Erklärungen verbreitet, welche durch den Commissar des Ministers in der Budgetcommission abgegeben wurden. Der Reichstag wollte sich in keiner Weise für die Zukunft präjudiciren und die weitere finanzielle Gestaltung hat unsere damalige Politik vollkommen gerechtfertigt. Der Ueberschuß des laufenden Jahres hat 8 Mill. ℳ mehr betragen, als der Minister ihn schätzte, die Erträge der Zölle und Verbrauchssteuern sind 13 Mill. ℳ höher angesetzt, und ich werde nachweisen, daß auch dieser Anschlag weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Hr. v. Benda prophezeite uns damals für 1876 einen Sprung auf 42 Mill. ℳ Matricularbeiträge und heute stehen wir nur vor einer Erhöhung von 13 — 15 Mill. Wir haben also jedenfalls die 25 Mill. ℳ, welche man im vorigen Jahre forderte, erspart, und hätten wir sie bewilligt, man würde heute nicht 15, sondern 25 Millionen gefordert haben. — Der Minister Delbrück hat seine gewaltigen Zahlenbatterien gestern concentrirt zur Deckung des Ueberschusses des laufenden Jahres gegen die Inanspruchnahme für den Etat von 1876, weil er den Hauptangriff an dieser Stelle erwartet zu haben scheint. Der Ueberschuß des laufenden Jahres ist nicht die schwächste Flanke der Etatsaufstellung. Ich richte die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine andere Seite; ich frage nach der Abrechnung aus den Milliarden der französischen Kriegscontribution. Ich stellte im vorigen Jahre bei der Budgetberathung die Anfrage nach der Höhe der Summen, welche noch im Besitz der Regierung aus den französischen Milliarden sind; ich erhielt eine ausweichende Antwort. Nach der Uebersicht von 1874 kann ich meine Rechnung nicht anders stellen, als daß, abgesehen von dem Festungsbaufonds, dem Invalidenfonds, dem Reichseisenbahnfonds und dem Fonds für den Bau des Reichstags-Gebäudes, deren Bestände belegt sind, die Regierung mit einem Baarbestande von 396 000 000 ℳ aus der französischen Kriegs-Entschädigung in dieses Jahr eingetreten ist, abgesehen von den Ueberschüssen des Vorjahres von 48 000 000 ℳ an Restbeständen aus den Verwendungen für die Marine. Obwohl man also mit einer Baarsumme von 500 000 000 ℳ in den Haushalt des laufenden Jahres eintrat, hat man in dem Etat pro 1875 doch Zinsen gefordert für Schatzanweisungen, die man ausgeben wollte zur Verstärkung des laufenden Betriebsfonds, zu einem Betriebsfonds des Münzwesens für Durchführung der Münzreform, für eine Marineanleihe. Hätten wir damals diese Summen gekannt, über welche die Regierung, wenn auch nur vorübergehend, noch verfügt, so würde die Budget-Commission schwerlich meinen Antrag abgelehnt haben, die Zinsen für alle diese Schatzanweisungen vom Etat abzusetzen. Wir haben nach der gestrigen Aussage des Herrn Ministers keine einzige dieser Schatzanweisungen auszugeben brauchen; heute verlangt man aber wieder von uns Zinsen zur Ausgabe von Schatzanweisungen nicht blos in der Höhe von 200 000, sondern von 3 600 000 ℳ. Ich weiß wohl, daß diese Baarsummen in diesem Jahre erheblich abgenommen haben, aber sie sind jedenfalls noch so groß, um ohne jede Ausgabe von Schatzanweisungen noch im nächsten Jahre den Haushalt führen zu können. Vorweg können wir also schon 3 600 000 ℳ aus dem Etat streichen. Nun weiß ich wohl, daß diese Bestände nur vorübergehend in den Händen der Reichsregierung sich befinden, daß sie zum großen Theil ihre Bestimmung haben; aber sind dann nicht aus der Milliardenabrechnung Millionen vorhanden, über die noch nicht verfügt ist, über die noch heute der Reichstag frei verfügen kann? M. H., Sie sprechen von einem Rückgange der Zinseinnahmen aus den Fonds; sogar in der Eröffnungsrede wird davon gesprochen, daß, weil 2 Mill. ℳ in einem Etat von 480 Mill. ℳ Einnahmen an Zinsen aus dem Festungsbaufonds für 1876 weniger sich ergeben, die Finanzlage verschlechtert sei und man zu neuen Steuern greifen müsse. Aber von den Zinsen aus den Fonds die nicht belegt sind, sprechen Sie nicht, nur ganz beiläufig findet sich in der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1876 ein Vermerk, daß bereits Anfangs des Jahres 17 Mill. ℳ Zinsen aus Contributionsgeldern zu vorübergehenden Anlagen aufgelaufen sind. Hierüber ist noch gar nicht disponirt. M. H.! Ich rede nicht von kleinen Summen; wenn man an der Hand der Rechnungen durch die Schatzkammern wandert, in denen die französischen Milliarden gelegen haben, so findet man überall noch Säcke und Beutel, die anscheinend vergessen herumliegen. (Heiterkeit.) Ueber kleine Beutel und Säcke mit einigen 100 000 ℳ oder Thlrn. rede ich gar nicht. Aber einige größere Posten muß ich zur Sprache bringen. Art. 5 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 stellt fest, daß gewisse gemeinsame Kriegskosten aus der ganzen Kriegs-Contribution vorweg zu erstatten sind. Der Reichstag hat auch die Summe, um die es sich dabei handelt, definitiv festgestellt. Diese Summe bleibt um 15 Millionen ℳ zurück gegen die in der Denkschrift vom Februar 1874 für diesen Zweck angewiesene. Wo nun haben Sie diese 15 Millionen? Sagen Sie uns, was Sie damit machen wollen. Warum verschweigen Sie das Alles? Es sind in dieser Denkschrift 130 Mill. Thlr. als zur Vertheilung unter die Staaten des Norddeutschen Bundes bestimmt ausgesetzt, wovon bis jetzt nur 125 Mill. Thlr. vertheilt sind. Was wollen Sie mit diesen 5 Millionen Thlr. machen? Warum haben Sie sie nicht längst vertheilt? Und wenn Sie sie in diesem Jahre vertheilen, wiegen Sie nicht allein eine Erhöhung der Matrikularbeiträge für alle diese Staaten auf? Es sind sehr hohe Summen reservirt für die Kriegskosten des Norddeutschen Bundes. Wenn ich die Stückrechnungen zusammenstelle und auch noch das in Rechnung stelle, was vorschußweise im Anfang dieses Jahres verausgabt war, so sind noch 53 Mill. ℳ disponibel. Wenn ich nun sehr hoch rechne, so werden Sie 30 Mill. übrig behalten. Was wollen Sie mit dem Gelde machen? Wenn das für die Norddeutschen Staaten übrig ist, so sehe ich nicht ein, was es für ein Hinderniß hat, die Kasernirung der Truppen auf diese für die Norddeutschen Staaten zurückstehenden Fonds zu verweisen. Ich schätze die Summe, die unter Umständen noch zur freien Verfügung des Reichstages steht, auf im Ganzen 90 Millionen ℳ (Bewegung.) Wenn solche Summen vorhanden sind, können wir nicht die Kosten des Umbaues des Radziwill'schen Palais auf die französischen Kriegskosten anweisen, anstatt unsern laufenden Etat damit zu belasten? Können wir nicht auch die Beschaffung des Mausergewehres für die Marine darauf anweisen? Der Abg. Rickert hat mich gebeten, das Haus darauf aufmerksam zu machen, daß er gestern vergessen hat, noch von einem anderen Fonds von 15 Millionen zu sprechen. Wir erfahren ganz beiläufig, daß in dem Münzgeschäft 15 Millionen ℳ erspart sind. Aus den Bemerkungen zu dem Etat ersehen wir, daß auch in diesem Jahre die Münzreform keinen Verlust herbeigeführt hat. Weshalb sollen wir über 2 Millionen Mark Zinsen für Schatzanweisungen auf unserm laufenden Etat nehmen? Die weisen wir doch auf den Fonds an, den das Münzgeschäft selbst eingebracht hat. — Ich wende mich nun zu den Ueberschüssen des laufenden Jahres. Ihre Schätzung ist in diesem Jahre etwas richtiger, sie werden zwischen 14—20 Mill. betragen. Zugeben muß ich hier dem Herrn Minister, daß der Fouragefonds um 7—8 Mill. wohl überschritten werden wird. Die Höhe der Ueberschreitung ist auch gar kein Wunder; wissen wir doch, daß nicht blos die lebendigen Pferde dabei mitwirken, sondern auch die zwar etatsmäßigen, aber in Wirklichkeit nicht vorhandenen, welche nach der dem Etat beigefügten Denkschrift allein bei den nicht regimentirten Offizieren des preußischen Contingents zur Zeit des höchsten Pferdebestandes 800 an Zahl waren. So erhalten die nicht berittenen Intendanten 28 Rationen, sie können mit großem Vergnügen der Theuerung zusehen, denn je mehr die Haferpreise steigen, um so höher wird ihr Rationsgeld. Vielleicht wird die Etatsüberschreitung dazu dienen, das geltende System in seinen widersinnigen Consequenzen zu beseitigen. Ich kann dem Abg. Rickert nur beistimmen, daß die Einnahmen für 1876 zu gering veranschlagt sind. Es ließe sich dies an einer Menge von Punkten nachweisen, ich will indessen nur auf die Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern näher eingehen. Herr von Minnigerode hat offenbar die hier stehenden Ziffern gar nicht verstanden, da nicht, wie er annimmt, die Einnahmen um 4 Millionen, sondern um 13 Millionen wachsen. Hr. v. Minnigerode hat zwar im vorigen Jahre vor der Zugrundelegung der Fractionsanschläge wegen der schlechten Rübenernte gewarnt. Trotzdem dies geschehen ist und die schlechte Rübenernte einen Ausfall von 11½ Millionen ℳ gebracht hat, übersteigen die wirklichen Einnahmen den wirklichen Etat um 17 Millionen. In diesem Jahre macht die gute Rübenernte in dem Etatsverhältniß einen Unterschied, der weit über das Deficit und den Effect der neuen Steuern hinausgeht. Die vorjährige schlechte Ernte hat der Herr Minister erwähnt, nicht die heurige gute. Das ist eine jener inneren Unwahrheiten aller dieser Etats. Bei den Ausgaben werden die augenblicklich gesteigerten Preise zu Grunde gelegt, bei der Veranschlagung der Einnahme hält man sich an die Schablone der Fractionsberechnung, welche auf der falschen Präsumtion beruht, daß weder Bevölkerung noch Wohlstand zunimmt. Der Abg. v. Minnigerode hat die Abnahme der Einnahmen aus den Zoll- und Verbrauchssteuern erwähnt. Thatsache ist aber, daß trotz der vorjährigen schlechten Rübenernte die ersten neun Monate dieses Jahres die Einnahmen derselben Periode des großen Gründungsjahres 1672 noch um 12 Millionen übersteigen. (Hört! Hört!) Wenn die neun Monate d. J. in dem Fractionsanschlage berücksichtigt wären, so würde sich für den Anschlag von 1875 ein erhebliches Mehr ergeben. — Die Ausgaben nun scheinen wir im Pensionsetat zu hoch gegriffen. Ich habe schon neulich gewünscht, durch eine Novelle zum Invalidengesetz auch die Invaliden früherer Kriege dem Invalidenfonds zu überwiegen. In Betreff der Marine schließe ich mich im Wesentlichen den Ausführungen des Abg. Rickert an. — Noch einige Worte über den Militäretat! Auch ich erkenne an, daß die Militär-Verwaltung bemüht gewesen ist, den früheren formellen Mängeln abzuhelfen. Nur die sächlichen Ausgaben scheinen mir bei einer Anzahl von Verwaltungen noch nicht vollständig klar gelegt. Ein wesentlicher Mangel der Aufstellung ist die große Ausdehnung der übertragbaren Fonds. Dadurch wird die Controle des Reichstages erheblich abgemindert, und es ist eine Kleinigkeit, ein vorhandenes Deficit auf einige Jahre zu verschleiern und ein nicht vorhandenes künstlich zur Erscheinung zu bringen Ich wende mich zu der Frage, die der Abg. v. Schorlemer-Alst gestern berührt hat, zu den activen Stabsoffizieren als Commandeure der Landwehrbezirks-Commandos. Die Taktik, welche die Militärverwaltung dabei einschlägt, muß ich meisterhaft nennen. Im vorigen Jahre wurde nur ein activer Stabsoffizier vorgeschlagen. Das war ein Kundschafter. In diesem Jahre haben wir den Vortrab von 54 Stabsoffizieren, im nächsten Jahre wird dann wohl das Hauptcorps anrücken. Die Militärverwaltung hat nur übersehen, daß sie damit die Axt gelegt hat an eine populäre Organisation: die Besetzung der Landwehrbezirkscommandos mit pensionirten Offizieren, Männern, die sich sehr beliebt gemacht haben. Ich meine, wenn active Offiziere in raschem Wechsel diese Commandos übernehmen, so wird der Feldwebel vielleicht allein Personal- und Sachkenntniß bei diesen Commandos besitzen (Beistimmung links) und bei dem wichtigen Ersatzgeschäfte einen Einfluß gewinnen, der höchst gefährlich wirken würde. M. H. Es wird ja mit diesen neuen Stellen nur die Absicht verbunden, die Zahl der für den Krieg disponiblen activen Stabsoffiziere zu vermehren. Man hat aber ganz unbeachtet gelassen, daß wir jetzt schon bei jedem Regimente einen außeretatsmäßigen Stabsoffizier besitzen, der bei einer Mobilmachung disponibel wird für neue Kriegsformationen, deren Zahl sich auf 300 beläuft. Im Kriege von 1870 wurden überhaupt nur 149 Landwehrbataillone mobil gemacht, sollte sich aber ein höheres Bedürfniß nach Stabsoffizieren herausstellen, so werden sich unter den 3700 pensionirten Majoren, Oberstlieutenants und Hauptleuten noch 100 oder 200 hinlänglich rüstige finden, solche Bataillone zu führen, zumal man hört, daß an der sogenannten Majorsecke rüstige Männer, welche ihren augenblicklichen Vorgesetzten nicht gefallen, in wachsender Zahl rücksichtslos pensionirt werden. Außer diesen Stabsoffizieren werden noch 24 neue Offizierstellen auf den Etat gebracht. Ich muß hierzu bemerken, daß zwar die Militärverwaltung jeden Fortschritt in der Technik sich in einer Weise nutzbar macht, die mancher Civilverwaltung zum Muster gereichen könnte, daß sie aber nicht in gleicher Weise antiquirte Einrichtungen behufs Deckung jener Mehrausgaben aufzuheben bestrebt ist. Der Vermehrung des Eisenbahnbataillons z. B. müßte die Beseitigung der kostspieligen Panzerreiter-Regimenter gegenüberstehen. Wenn heut zu Tage jeder Infanterist zum Schützen ausgebildet werden muß, so braucht man nicht durch Errichtung besonderer Jäger-Bataillone den anderen Truppen das beste Unteroffizier-Material ohne entsprechende Verwerthung vorzuenthalten. Das Pauschquantum zwang früher die Militärverwaltung, bei den Mehrausgaben zugleich auf Ersparnisse Bedacht zu nehmen. Als 1872 die Batterien um einige dreißig vermehrt werden sollten, bewies die Militärverwaltung, daß sie im Nothfalle Mittel zu finden weiß, durch Ersparnisse die Deckung von Mehrausgaben zu ermöglichen. Das Pauschquantum hat aufgehört und dessen mechanische Rolle soll unsere Beschlußfassung übernehmen. Wir sind nach einer Seite durch längere Feststellung der Präsenzstärke gebunden, wir haben aber um so mehr die Pflicht, auf dem uns frei gebliebenen Gebiete unsere Kritik den Mehrausgaben der Militärverwaltung gegenüber zu üben. Hier handelt es sich nicht um die Entscheidung militärisch-technischer Fragen, sondern um die Erwägung allgemeiner politischer und finanzieller Interessen gegenüber den militärischen, und dazu sind wir völlig im Stande. Sollte der Reichstag hierzu den Willen nicht haben, so würde ich es freilich vorziehen, mit Herrn von Schorlemer zum Pauschquantum zurückzukehren, weil der Absolutismus billiger ist, als der Scheinconstitutionalismus. Diese Prüfung wird uns allerdings diesmal außerordentlich schwer gemacht, wir haben für die Etatsberathung kaum vier Wochen. Ich weiß nicht, ob unser Präsident im Stande ist, wie es der Abg. Windthorst wünschte, zu ergründen, warum der Etat so spät fertig geworden. (Heiterkeit.) Am Bundesrathe liegt es nicht; im Gegentheil dieser beräth die Etats mit fast „boscoähnlicher“ Geschwindigkeit (Heiterkeit); denn gewöhnlich erhalten wir sie von ihm früher, als wir aus den Zeitungen erfahren, daß sie an ihn gelangt sind. (Heiterkeit). Es liegt wohl auch nicht an der Aufstellung der einzelnen Ressorts, sondern eher an dem schleppenden Gange in den Verhandlungen der einzelnen Ressortchefs mit einander. Der Reichskanzler würde solche Verhandlungen rasch zur Entscheidung bringen, wenn er in Berlin wäre, noch schneller wären sie durch den Majoritätsbeschluß eines Ministercollegiums beseitigt. Ein wirklicher Finanzminister würde seinen Stolz darein setzen, am ersten Tage nach der Präsidentenwahl sofort den ganzen Etat vorzulegen. Eine einzelne Persönlichkeit ist nicht mehr im Stande, alle diese Dinge zu bewältigen. Und es ist immer ein Unterschied, ob Jemand nur im höheren Auftrage einen solchen Etat aufstellt, oder unter eigener politischer Verantwortlichkeit (Zustimmung.) Ich behaupte also, der Charakter dieses Etats entspricht nicht der wirklichen Finanzlage. Wir brauchen weder neue Steuern zu bewilligen, noch eine Erhöhung der Matricularbeiträge. Wenn der Minister Camphausen die Finanzlage Preußens gar zu beweglich schildern sollte, so werde ich keinen Anstand nehmen, eine beträchtliche Ermäßigung der Matricularbeiträge als zuläßig zu betrachten. (Heiterkeit links.) Ich thäte es freilich nicht gern. Denn ich wünsche nicht ein rasches Auf- und Abwerfen der Matricularbeiträge um sehr große Beträge. Ich wünsche von allen den Fonds, die ich angeführt habe, noch soviel Mittel zurückzuhalten, daß wir im nächsten Jahre nicht vor ähnlichen Forderungen stehen. Neue Ausgaben stehen dem Reiche bevor, in Folge der Erhöhung der Präsensstärke in dieser Höhe, abgesehen davon bringt ja die weitere Entwicklung des Reiches auch neue Ausgaben mit sich. Wir können aber nicht vorschußweise für die künftigen Mehrausgaben schon heute Einnahmequellen bewilligen. Die Matricularbeiträge sind jetzt kaum ⅙ der laufenden Ein-

nahmen unseres Etats. Ich möchte dieselben nicht gerade in diesem Betrage, aber doch in einem erheblichen Umfange als Grundlage unserer Finanzpolitik erhalten. Der Abg. Rickert will die Matricularbeiträge als eine bewegliche Steuer im Reichshaushalt erhalten. Was die bewegliche Steuer für eine politische Bedeutung hat, darüber bitte ich Sie, die ausgezeichnete Rede des Abg. Camphausen aus dem September 1869 und die Ausführungen des Hrn. Abg. Michaelis in dem Vorbericht der Budget-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses aus dem Jahre 1865 nachzulesen. (Heiterkeit.) Darüber brauche ich also nicht weiter zu sprechen. Ich meine aber auch, eine solche bewegliche Einnahmequelle sei zu erhalten als ein Grundpfeiler der Ordnung des Reichshaushaltes. Wo man nicht in der Lage ist, auf eine Verminderung der Ausgaben auch eine Verminderung lästiger Einnahmequellen folgen zu lassen, da verliert die Ausgabekritik ihren Reiz. Nun verweist man uns auf die Kleinstaaten. Ich finde es allerdings hart, daß Staaten, die wesentlich von Holzhauern, Ziegelbrennern und Hausirern bewohnt sind, dasselbe an Matricularbeiträgen aufbringen sollen wie wohlhabende Staaten. Man braucht aber nur Nachlässe zu gewähren, wie das schon vor dem Jahre 1871 geschehen ist, und die Herren Hanseaten mittelst Zuschlägen etwas stärker heranzuziehen. (Heiterkeit.) Jedenfalls handelt es sich nur um einen Betrag von 100 000 Thlr. oder M., wie man sie in Collecten für Nothleidende aufzubringen pflegt. Eine solche Rücksicht kann nicht die Axe für die Finanzpolitik eines großen Reiches abgeben. Das scheint allerdings der weimarische Finanzminister gemeint zu haben, als er die Initiative im Bundesrath zu beiden Steuervorlagen ergriff, denn ich kann nicht annehmen, daß er nur aus Gefälligkeit die Kastanien für den Reichskanzler aus dem Feuer holen wollte. Ich meine übrigens, daß es mit dieser anderweitigen Gestaltung der Matricularbeiträge gar nicht solche Eile hat. An die norddeutschen Staaten, also auch an die Kleinstaaten, sind ja 1873 und 1874 125 Mill. Thlr. aus der Kriegscontribution zur Vertheilung gekommen und diese Vertheilung ist nach Maßgabe der Matricularbeiträge erfolgt. Damals haben sich die Kleinstaaten über diesen Vertheilungsmodus nicht beschwert, während sie zu den Kriegskosten gar nichts beigetragen haben. Die Kleinstaaten haben das Unrecht des gegenwärtigen Vertheilungsmaßstabes für eine Reihe von Jahren im Voraus vergütet bekommen. Ich bestreite nicht, daß die Matricularbeiträge besser, etwa durch eine quotificirte Reichseinkommensteuer ersetzt würden, so lange aber von der Reichsregierung hier nicht die Initiative ergriffen wird, müssen wir die Matricularbeiträge als Grundlage unserer Finanzwirthschaft in gleichem Umfange erhalten. Nun, m. H., wird man vielleicht sagen, diese Ausführungen seien zu optimistisch, beruhten auf der Voraussetzung der natürlichen Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Ich muß sagen, ich lasse mir den Optimismus in diesen Dingen leichter gefallen, als daß ich mich dem Pessimismus anschließen will, der heutzutage in weiten Kreisen über die Gestaltung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse maßgebend gewesen ist. (Sehr richtig!) Ich theile nicht ganz die rosige Anschauung des gegenwärtigen Zustandes, wie ihn der Abg. Rickert dargestellt hat. Aber darin muß ich ihm doch Recht geben: die steigenden Einnahmen unserer Zölle und Verbrauchssteuern sind ein sicherer Maßstab dafür, daß unserer Volkswohlstand nicht erschüttert ist. (Widerspruch und Zustimmung). Allerdings eine Krisis und Mißstände sind vorhanden; wodurch sind sie aber entstanden? Durch die großen politischen Ereignisse, durch Nachwirkungen eines großen Krieges. Glauben Sie denn, daß ein Krieg nicht auch wirthschaftliche Verluste mit sich zieht, selbst wenn er Milliarden in seinem Gefolge hat? Das ist es, woran wir augenblicklich leiden und ebenso wie unsere wirthschaftliche Politik anzugreifen, hätte man unsere auswärtige Politik angreifen können. Auch ein so entfernter Krieg, wie der in den Jahren 1857 und 1858 hat Krisen im Gefolge gehabt. Wäre nicht durch unsere Gesetzgebung Arbeit und Capital frei gemacht worden, wäre es nicht bewirkt worden, daß Angebot und Nachfrage sich leichter finden können, dann wären die Nachwirkungen des Krieges viel schlimmer gewesen als sie sind. (Zustimmung.) Wenn es wahr wäre, daß wir zwei Jahre, nachdem wir die letzten Milliarden empfangen, zu besonderen Steuern greifen müssen, dann hätte es etwas für sich, wenn man sagt, daß die Minister mit den Milliarden nicht richtig zu wirthschaften verstanden haben. Der Minister Camphausen hat im vorigen Jahre gesagt, diesen Mißständen gegenüber sind gesunde Rettungsmittel darin zu finden, daß die Industrie es lernt, wohlfeiler zu produciren, daß wir fleißiger, sparsamer, wirthschaftlicher werden. Alle Achtung vor einem Minister, der so unpopuläre Wahrheiten ausspricht! (Allseitige Zustimmung.) Aber wie stimmt es, die Industrie aufzufordern, wohlfeiler zu produciren, und dann Industrie und Handel mit neuen Steuern zu belasten? Wie stimmt das uns vorgelegte Budget mit der Aufforderung, sparsamer und wirthschaftlicher zu verfahren? Wenn ich auch die materielle Wirkung solcher Steuergesetze auf Handel und Industrie nicht überschätze, so ist es doch schlimm, daß gerade gegenwärtig durch solche Steuerprojecte Handel und Industrie beunruhigt werden. Gewiß soll man Heu machen, wenn die Sonne scheint, aber nicht eher, als bis es gewachsen ist. (Heiterkeit.) Ist es nicht genug, daß man 1873 auf Grund eines ganz aussichtslosen Steuerprogramms die Tabaksindustrie vollständig verwirrt hat? Muß man jetzt andere Gewerbe auch noch in dieser Weise beunruhigen? Die Industriellen wissen nicht, wie aussichtslos solche Projecte im Reichstage sind und lassen sich dadurch mehr beunruhigen als nöthig ist. (Sehr gut.) Aus alledem werden Sie erklärlich finden, wenn ich mich auf die Steuervorlagen im Einzelnen nicht einlasse. Wir können, glaube ich, diesen Gesetzen kein würdigeres Schicksal bereiten, als daß wir sie in jenem Registraturfach bestatten, wo sie bereits zahlreiche und ebenbürtige Vorgänger finden (Sehr gut! links), die Steuergesetzentwürfe aus den Jahren 1873 und 1869. Auch 1869 war eine ähnliche Situation, das Getreide war mißrathen, und noch andere Umstände wirkten zufällig zusammen, um die augenblickliche Finanzsituation sehr schlecht erscheinen zu lassen. Es wurden dem Norddeutschen Reichstag eine Auswahl von Steuern vorgelegt. Während heute der Minister Camphausen als Minister auf Vorposten steht im Kampfe für die neuen Steuern, that er damals, wie der Abg. Lasker constatirte, auch den ersten Schuß zu Gunsten der neuen Steuern. Der Reichskanzler warf das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Wageschale zu Gunsten dieser Steuern. Ich weiß nicht, — wir wissen ja überhaupt nichts Gewisses; er ist ja aus dem mythischen Sagenkreise, der ihn umgiebt, noch nicht leibhaftig vor uns getreten, ob dasselbe sich diesmal wiederholen wird. Damals ließ der Reichstag sich nicht beirren, er lehnte die Steuer ab. Das Deficit war in dem preußischen Landtage bereits auf 5 Millionen herabgestrichen und Hr. Camphausen fand es leicht dasselbe zu beseitigen, indem er die Schuldentilgung einschränkte. Trotz des Kriegsjahres ist der Ueberschuß 1870 größer gewesen, als dasjenige. um was man die Schuldentilgung für dieses Jahr eingeschränkt hatte. Niemals ist die Politik des Herrn Reichskanzlers glänzender durch den Erfolg widerlegt worden, als damals. Wir hoffen, daß der deutsche Reichstag sich ebenbürtig erweisen wird seinem Vorgänger, daß er das Volk vor ungerechtfertigten neuen Steuern und vor Erhöhung der Matricularbeiträge zu schützen wissen wird. Er wird damit auch dem Deutschen Reiche den besten Dienst thun. (Beifall.) (Schluß in der Beilage.)

Danzig, den 22. November.

Auch der zweite Tag der **Budgetdebatte** war von hohem Interesse, und in das sachliche mischte sich hier noch das dramatische Moment ein. Den Reigen eröffnete der conservative Abg. v. **Minnigerode**. Seine Rede bestand weniger aus einer Kritik des Etats und der Steuervorlagen, als aus den heftigsten, aber sehr ungeschickt begründeten Invectiven gegen die national-liberale Partei, die nach seiner Ansicht durch die neuere Gesetzgebung die von ihm mit den schwärzesten Farben gemalte wirthschaftliche Misère verschuldet hat. Die verdiente Abfertigung für diesen Angriff wurde ihm später durch den Abg. **Lasker** in einer bald witzig-sarkastischen, bald sittlich-entrüsteten Apostrophe zu Theil. Im Uebrigen erklärte sich der Wortführer der Conservativen natürlich für die neuen Steuervorlagen. Ein im Wesentlichen in denselben Grundzügen wie die Rede des Abg. Rickert vom Tage vorher sich bewegende, in der Form aber schroffere Kritik wurde dem Finanzplan der Reichsregierung durch den Abg. **Richter** zu Theil. Mit besonderer Schärfe monirte derselbe die seit 20 Monaten ausstehende Abrechnung über die aus der Kriegscontribution stammenden Fonds. Auch die mangelhafte Organisation der Reichsbehörden, namentlich das Fehlen eines verantwortlichen Reichsministers, gab ihm Gelegenheit zu näherer Beleuchtung. Den Schwerpunkt der Debatte bildete die alsdann folgende Rede des preußischen Finanzministers **Camphausen**. Derselbe war redlich bestrebt, sowohl die Nothwendigkeit wie die Zweckmäßigkeit der vom Bundesrath vorgeschlagenen Maßregeln zu beweisen. Das Hauptgewicht legte er dabei weniger auf die Fürsorge für das Budget von 1876, als auf diejenige für das Budget von 1877, für welches er bei Nichtannahme der neuen Steuern, obschon nach seiner Ansicht die wirthschaftliche Krisis ihrem Ende zuneigt, ein Deficit von 46 Mill. Mark prophezeit. Drei Punkte waren dabei höchst bemerkenswerth, 1. seine mit größtem Nachdruck abgegebene Erklärung, daß im Bundesrath auch nicht entfernt an eine Beschränkung der constitutionellen Rechte des Reichstags gedacht sei, 2. das unumwundene Zugeständniß, daß die Finanzlage Preußens einer Erhöhung der Matricularbeiträge durchaus nicht im Wege stehe, und 3. die ziemlich unverblümte Andeutung, daß die Regierungen sich schließlich zur Noth mit dem Gedanken trösten würden, durch die Steuervorlagen eine nach allen Seiten hin gründliche und gewissenhafte Prüfung des Etats veranlaßt zu haben. Nach einem wenig zur Sache gehörigen und ziemlich geräuschvollen Excurs des Abg. v. **Kardorff** über die wirthschaftliche Lage erwarb sich der Abg. **Lasker** das Verdienst, die volle Bedeutung der Wendung klarzustellen, welche die Debatte durch die Rede Camphausen's genommen. Ein Passus der Rede Lasker's gab dem Abg. v. **Kardorff** zum Schluß Veranlassung, sich persönlich getroffen zu fühlen, obgleich Lasker Niemanden genannt hatte. Nach dem Berichte des Organs des Abgeordneten Kardorff, der „Post“, lautet der betreffende Passus: „Schuld an jenem Schwindel, der die Calamität geschaffen, seien vielmehr diejenigen, die sich früher die Taschen gefüllt haben und sich jetzt hinstellen und gegen den Schwindel predigen, aber trotz aller Zeugnisse ihrer Unschuld, die sie sich ausstellen lassen, die Verantwortung für die üble Lage tragen, welche der Staat nun wieder gut machen solle.“

Die nunmehr beendete erste Berathung des Etats bot ein eigenthümliches Bild. Eine Regierung, deren Finanzpolitik sich bisher auf die entschiedene Mehrheit stützte, stand plötzlich fast ganz verlassen; nur ein sehr kleiner Theil der Volksvertretung gewährte ihr seine Unterstützung, auch dieser aber mit halbem Herzen. Dem äußeren Anschein nach könnte also ein tiefgehender Riß zwischen den beiden Factoren der Reichsgesetzgebung constatirt werden; bei Lichte betrachtet verliert jedoch die Situation ihr tragisches Aussehen ganz und gar. Von welchen Absichten sich die Centrumspartei in ihrer ablehnenden Haltung gegen den Finanzplan der Regierung leiten läßt, war aus den ziemlich zusammenhangslosen Witzeleien des Abg. v. Schorlemer-Alst kaum zu erkennen. Dagegen wurde der Standpunkt der größten Fraction des Reichstags von ihren Rednern scharf dahin präcisirt, daß es sich von dieser Seite nicht sowohl um eine principielle Opposition, als vielmehr um eine Meinungsverschiedenheit über das wirkliche Bedürfniß, kurz im Grunde um eine bloße **Rechnungsfrage** handle. Das Schwergewicht der Argumentation wurde in den Nachweis gelegt, daß eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs durch die gegenwärtige Finanzlage gar nicht geboten sei. Unter diesen Umständen konnte von einer detaillirten materiellen Kritik der neuen Steuervorlagen fast ganz abgesehen werden, wenn man es auch aussprach, daß gegen die sog. Börsensteuer keineswegs die principiellen Bedenken vorliegen, welche einer Erhöhung der Brausteuer entgegenstehen; indeß würde auch die Börsensteuer nur im Zusammenhange mit einem umfassenden Steuerreformplane Aussicht auf Annahme haben. Die Rede **Camphausens** hat hinlänglich erkennen lassen, daß die Sachlage keineswegs einen materiellen Conflict bedeutet. Sie hat die Differenz zwischen Regierung und Reichstag des politischen Charakters entkleidet, und auf die Bedeutung einer technischen Frage reducirt. Auf dem so gewonnenen Boden wird sich eine Verständigung erreichen lassen, und der Abg. Lasker konnte die Wendung, welche die Discussion durch die Camphausen'sche Rede genommen, mit Recht dahin kennzeichnen, daß die Harmonie zwischen Regierung und Reichstag aus der Budgetberathung nur um so befestigter hervorgehen werde.

Unsere **Ultramontanen** verschossen früher die giftigsten ihrer Pfeile gegen den Fürsten Bismarck, sie wußten eben, daß dieser für solche kleine giftige Nadelstiche besonders empfänglich ist, aber sie selbst hatten den größten Schaden davon. Heute verfolgen sie eine andere Taktik, sie malen die vorübergehenden wirthschaftlichen Uebelstände auf's Schwärzeste aus, schlagen auf die Juden, auf Delbrück und Camphausen, den Kanzler aber lassen sie persönlich ungeschoren. Ein Correspondent der „Schles. Ztg.“, welcher die erfolglosen Vermittelungsversuche des Grafen Spee beim Kronprinzen bestätigt, will den Grund dafür wissen: es ist der Tod **Savigny's**, welcher die Centrumspartei aus persönlicher Rache gegen den Kanzler wegen seiner Zurücksetzung organisirt hatte. „Gewiß eine unumstößliche Wahrheit ist es, heißt es in dem Schreiben, daß die Politik nicht immer allein von großen Principien geleitet wird, sondern nur gar zu oft ihre Richtung von kleinen persönlichen Rücksichten der Tonangeber erhält. Die hohen Ideale sind nur zu oft die äußeren Devisen und Parolen, mit und unter denen im Grunde ein ehrgeiziger persönlicher Egoismus kämpft. Ich will nicht sagen, daß ganze Parteien hiervon besessen sind, meistens aber sind es ihre Führer. Wer erinnert sich nicht der grenzenlosen Wuth, in die das Centrum im vorigen Jahre bei Gelegenheit der sogenannten Kullmann-Debatte in Folge der Ungeschicklichkeit des bayerischen Abgeordneten Jörg hineingerieth? Centrum und Bismarck waren damals die denkbar äußersten Gegensätze. Das hat jetzt aufgehört, und nicht zum kleinsten Theile ist das der jetzigen Führung zuzuschreiben. Seine maßlose Gereiztheit hatte damals ihren Grund in der persönlichen Stimmung des inzwischen verstorbenen Herrn v. Savigny, welcher dem Fürsten Bismarck nie vergeben konnte, daß er nicht an seiner Statt Reichskanzler geworden. Savigny trat nicht nach außen auf, er aber war die Seele des Centrums, seine persönliche Stimmung war an den Pulsschlägen des Centrums zu erkennen, und seinem psychologisch sehr erklärbaren Egoismus war der unverwüstliche Haß des Centrums gegen den Fürsten Bismarck zuzuschreiben. Das ist jetzt anders geworden. Bismarck lassen die Herren vom Centrum bei ihrer Polemik und Politik gern aus dem Spiele, seitdem sie nicht mehr von dem unheilvollen Einfluß Savigny's abhängig sind. Man erinnert sich in ihren Reihen der Grundsätze, welche Bismarck auswärtigen Feinden gegenüber inne gehalten: er schlägt sie nicht bis zur Vernichtung, sondern läßt ihnen Raum zur Versöhnung. Deshalb ist jetzt die Parole des Centrums: keine Feindlichkeit gegen den Reichskanzler, wohl aber Opposition gegen die Finanzpolitik mit Hinweis auf die wirthschaftliche Krisis, gegen Delbrück, Camphausen und wie sie sonst noch heißen, aber Bismarck soll nicht weiter gereizt werden. Dieser Stimmung entsprechen vollkommen die Nachrichten über die modus-vivendi-Versuche. Ob sie **alle** zutreffen und **thatsächlich** sind, verfängt nichts: das Princip des Centrums ist es geworden, in seinem Verhalten den modus vivendi, das heißt in diesem Falle das Maß oder die Mäßigung im politischen Leben sich zur Richtschnur zu machen. Man ist auch in Regierungskreisen hiervon unterrichtet, und darum wird auch von weiteren kirchenpolitischen Maßregeln Abstand genommen worden“.

Die Erzählung über die Emser Aeußerungen des Ministers Grafen zu **Eulenburg** über die deutsche Kirchenpolitik, welche die jüngste **Arnim**'sche Broschüre brachte, ist durch eine autorisirte Erklärung aus ihrem ganzen Inhalte nach für erfunden bezeichnet. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt dazu anscheinend officiös: „Man ersieht daraus, wie jedes Urtheil über Personen und Thatsachen, das sich darauf stützt, daß die in der Flugschrift Pro nihilo enthaltenen Angaben richtig sind, ein außerordentlich gewagtes ist. Von **keiner** Aeußerung, welche hohen und höchsten Personen in den Mund gelegt sind, läßt sich annehmen, daß sie verbürgt seien. Selbst der Abdruck der Actenstücke dürfte kein absolut zuverlässiger sein.“

Die Londoner „**Times**“ hatte einen Artikel über **Arnim** gebracht, in dessen Beantwortung der Graf in diesem Blatte ein Schreiben veröffentlicht, das geschickt genug abgefaßt ist, wenn man die Kreise im Auge hat, auf welche zu wirken es die Absicht hat. Das Schreiben lautet in seinem wesentlichen Theile: „1) Niemals seit meiner Berufung zur Pariser Botschaft hatte ich irgend eine Unterredung mit der **Kaiserin** über sei es religiöse, sei es politische Dinge. Niemals hat J. M. mir Befehl ertheilt, irgend einen Brief oder eine andere Mittheilung an sie zu richten. Ich schrieb niemals an sie; sie geruhte niemals, an mich zu schreiben. Ich hatte niemals eine Gelegenheit, J. M. irgend welche Information zukommen zu lassen, weder mittelbar noch unmittelbar. Es hat nicht der leiseste Austausch von Gedanken über irgend eine Frage, welche möglicherweise der Gegenstand irgend welcher Unterhaltung, öffentlich oder in Privataudienzen, sein konnte, stattgefunden. Ich weiß unbedingt nichts von den wirklichen oder eingebildeten Thatsachen, aus welchen Fürst Bismarck die Ueberzeugung gewonnen haben könnte, welche ihn veranlaßt, das zu sagen, was er zu mir darüber sagte. 2) Ich richtete niemals an S. M. den Kaiser irgend einen Bericht, einen Brief oder eine Information auf einem anderen Wege, als durch das auswärtige Amt. Der ungesetzliche, der Verfassung des Reichs zuwiderlaufende und seinem Interesse schädliche Einfluß, über den sich der Kanzler in seiner Depesche vom 19. Juni 1873 beklagt, hat niemals Statt gefunden. Niemals habe ich wissentlich der Politik des Kanzlers entgegengearbeitet. Diejenigen, welche in Berlin die Verleumdungen, denen ich hiermit in der allerförmlichsten Weise widerspreche, zu verbreiten suchten und noch suchen, sind sich vielleicht ihres dicht an das Verbrecherische stoßenden Leichtsinns nicht bewußt. Sie schrecken nicht davor zurück, meinen Namen in Verbindung mit dem Namen J. Maj. zu bringen, und nur um mich anklagen zu können, beschimpfen sie **sie**. Indem sie mich anklagen, einen der Verfassung und der Wohlfahrt des Reichs zuwiderlaufenden Einfluß ausgeübt zu haben, haben sie die Dreistigkeit, die Würde des Souverains anzugreifen, dessen Zustimmung nothwendig gewesen wäre, wenn ich wirklich diesen Einfluß hätte ausüben sollen, über den sich der Kanzler beklagt. Seine Kaiserliche Majestät möge es in ihrer Weisheit verschmähen, von diesen übereilten und unbedachten Behauptungen keine Kenntniß zu nehmen. Vielleicht ist es gerade die Verachtung des Souverains, die den Unterthanen schützt. Aber wenn ich diese Behauptungen ruhig aussprechen ließe, würden sie sich in Legenden, die nachmals nie wieder angezweifelt werden könnten, verwandeln; und ich würde mich dem Vorwurfe aussetzen, mich mit dem glänzenden Scheine einer Vertraulichkeit, die niemals bestand, und eines Einflusses, den ich niemals besaß und niemals zu erlangen wünschte, umgeben zu haben.“

Deutschland.

△ **Berlin**, 21. November. Wie nachträglich bekannt wird, wurde im **Bundesrath** bei Genehmigung des Betrages von 6 Millionen Mk. zur Erweiterung der Umwallung von **Straßburg** von der Voraussetzung ausgegangen, daß eine Zahlungsanweisung darauf nicht vor dem definitiven Abschluß des Grunderwerbungsvertrages mit der Stadt Straßburg erfolgen werde. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, es möge bei den Verhandlungen mit der Stadt Straßburg darauf Bedacht genommen werden, daß der Rückersatz der Summe, welche vorschußweise aus dem Reichsfestungsbaufonds entnommen werden soll, durch Ratenzahlungen der Stadt Straßburg bis zum Schlusse des Jahres 1884 sicher gestellt werde. — Nach einem Bundesrathsbeschluß ist der **Minimalbetrag** bei Erhebung von **Zoll- und Steuergefällen** auf 5 Reichspfennige und ebenso dieser Betrag für den kleinen Grenzverkehr festgesetzt worden und zwar mit der Maßgabe, daß das Mindestgewicht der zu verzollenden Gegenstände 1/10 Pfund betragen soll. — Die Abgg. Dr. **Völk** und Genossen haben so eben folgenden Antrag bei dem Reichstag eingebracht: Es sei der Reichskanzler zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu veranlassen, daß dem Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Legislaturperiode ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, wonach das **Wahlreglement** vom 28. Mai 1870 und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 unter Berücksichtigung der bei den Wahlprüfungen des Reichstages gemachten Erfahrungen einer Revision unterstellt werde und zwar in der Richtung, daß die Anfertigung ständiger Wählerlisten angeordnet, eine richtige Beurkundung der Stimmabgabe mehr gesichert und für die Möglichkeit der Geheimhaltung der Wahlstimmen besser gesorgt werde.

Dresden, 19. Nov. In der heute hier stattgehabten Generalversammlung der Actionäre der **sächsischen Bank** wurde die Unterwerfung der sächsischen Bank unter das Reichsbankgesetz nach Maßgabe der vorgelegten Tagesordnung einstimmig genehmigt. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Nov. Erzherzog Franz, Herzog von **Modena**, ist heute Nachmittag gestorben. Mit Franz V., geb. 1819, von 1846 bis zu seiner Depossedirung i. J. 1860 Herzog von Modena, ist der Mannesstamm der Linie Oesterreich-Este ausgestorben. — Die Kräfte des erkrankten Cardinal Rauscher sind in steter Abnahme begriffen. — Die Morgenblätter dementiren die Gerüchte über Nichtzahlung des Januar-Coupons der **Creditactien**. Die Direction der Creditanstalt werde erst in der Weihnachtswoche über die Couponzahlung beschließen. Die Blätter constatiren, daß die Situation der Creditanstalt unverändert sei. (W. T.)

Frankreich

×× **Paris**, 19. Novbr. Die **Nationalversammlung** hat sich abermals für ein paar Tage eine Erholung bewilligt. Sie erledigte gestern in Eile eine Anzahl von Geschäftsvorlagen. Hierauf bestieg **Ricard** die Tribüne und beantragte im Namen der Dreißiger-Commission die Hinausschiebung der dritten Lesung des Wahlgesetzes bis zum nächsten Montag, da der Commission eine große Zahl von Amendements zugegangen (etwa 40), deren Prüfung eine längere Weile in Anspruch nimmt. **Paris** bekämpfte den Vertagungsantrag und **Buffet** gab ihm von der Ministerbank aus lebhafte Zeichen der Zustimmung; aber die Versammlung entschied sich für die Forderung Ricard's, und da bis zum Montag außer dem Wahlgesetz nichts Wichtiges auf der Tagesordnung steht, beschloß, man, bis dahin keine öffentliche Sitzung zu halten. — Daß der Vicepräsident des Conseils die Vertagung ungern sah, begreift sich. Seit dem 11. Novbr. liegt es in seinem Interesse, den Sessionsschluß zu beschleunigen. Es gilt das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist, und die reactionäre Mehrheit nicht wieder auseinanderfallen zu lassen Bisher ging Alles Herrn Buffet nach Wunsch; gestern zuerst zeigte sich ein unangenehmes Symptom, da eine Commission für das Preßgesetz gewählt wurde, welche dem Entwurf der Regierung feindlich ist. Die Meinung der Commissionen ist in Versailles nicht immer für die Meinung der Versammlung maßgebend gewesen, wie die Geschichte der ersten Dreißiger-Commission beweist; aber ein Vorfall um der gestrige ist für ein Cabinet immer ärgerlich. Wenn die Kammer im letzten Augenblicke, wie es nicht ganz und gar mit der öffentlichen Meinung zu verderben, dies Preßgesetz zurückweisen sollte, ein Gesetz, mit dessen Hilfe man die Journale während der Wahlperiode im Zaume zu halten hoffte! Um so unerfreulicher mußte es Herrn Buffet sein, daß am nämlichen Tage die entscheidende Lesung des Wahlgesetzes verschoben wurde. Die Opposition erhält dadurch Gelegenheit sich zu sammeln. Ohne Zweifel thäten die Republikaner unklug daran, sich Illusionen hinzugeben. Sie werden schwerlich das Votum über die Arrondissementswahlen wieder umstoßen; aber es ist schon ein Erfolg für sie, wenn sie überhaupt Buffet's Sieg noch einmal in Frage stellen können. Auf den Schluß der Session, auf die Senatorenwahl und die Preßdebatte kann das starken Einfluß üben. Vor einigen Tagen schienen sie jede weitere Anstrengung für überflüssig zu halten; jetzt schicken sie sich an, wenn nicht das verunglückte Listenscrutinium, doch das vermittelnde System, welches den stark bevölkerten Bezirken eine Listenwahl in kleinem Maßstabe sichert, zu vertheidigen. Sie werden außerdem einige andere Bestimmungen des Wahlgesetzes umzustoßen suchen; so namentlich die Artikel, welche die Vertretung Algerien's und der anderen Colonien beeinträchtigen. Die Vertreter der Colonien richten seit einigen Tagen lange Briefe an die Journale, um die Unbilligkeit dieser Maßregel darzuthun. — In den Abtheilungen sind gestern bei der Wahl der Commission für das Preßgesetz sehr scharfe Reden gehalten worden, zumeist natürlich von Rednern der Linken. Aber auch mehrere Deputirte der Rechten und der bonapartistischen Partei griffen das Gesetz an, welches von Buffet, Decazes und Dufaure vertheidigt wurde. Buffet wollte nicht gelten lassen, daß die Vorschläge des Cabinets der Freiheit der Presse zu nahe treten. Die Journale müßten gegen ihre eigenen Ausschreitungen geschützt werden. Dufaure erklärte, man habe so viele Vergehen an die Polizeigerichte verwiesen, weil die Geschworenen, durch die heftige Journalpolemik der letzten Jahre

blasirt, den rechten Maßstab für die Beurtheilung der Preßvergehen verloren hätten.

Belgien.

Lüttich, 18. November. Der hiesige Bischof veranstaltete eine Jubiläums-Prozession, ohne vorher die Bewilligung des Bürgermeisters eingeholt zu haben. Die Polizei zwang in Folge dessen die Prozession, sammt dem Bischof und dem Dom-Capitel in die Kirche zurückzukehren.

Spanien.

Madrid, 20. Novbr. Wie der „Imperial" meldet, ist Don Carlos auf dem Wege zwischen Balmaseda und Durango mit dem Pferde gestürzt und muß in Folge dessen das Bett hüten. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bourg-Madame hätte der Carlistenführer Miret den Wunsch ausgesprochen, mit dem General Martinez Campos behufs seiner Unterwerfung in Verhandlung zu treten. (W. T.)

Italien.

Rom, 19. Novbr. Die „Opinione" bespricht die wegen des Abschlusses der neuen Handelsverträge schwebenden Unterhandlungen und bemerkt, die französische Regierung zeige sich durchaus bereit, Italien bei diesen Unterhandlungen zu unterstützen. Frankreich scheine selbst nicht abgeneigt, nöthigenfalls seinerseits auf diplomatischem Wege mit den übrigen Mächten zu verhandeln, mit denen zunächst die italienischen Handelsverträge und alsdann die französischen erörtert werden müßten. — Der Cardinal Silvestri ist gestorben.

England.

London, 18. Novbr. Gestern regnete es wieder, zwar nicht heftig, aber anhaltend. Die Fluthen sind daher wieder an vielen Orten im Steigen, so an der oberen Themse, am Trent und in anderen Flußmündungen. Im Ost-Riding der Grafschaft York hat der Wasserspiegel die ganz unerhörte Höhe von 12 Fuß über dem gewöhnlichen Niveau erreicht. Der östliche Theil der Grafschaft ist, sowie die Hauptstadt selbst, der Ueberschwemmung besonders ausgesetzt. An vielen Orten hat der Eisenbahndienst neuerdings eingestellt werden müssen. Auf anderen Strecken scheint die Einstellung bevorzustehen. Hier in London ist die Noth in den überschwemmten Stadttheilen recht fühlbar, indessen fehlt auch nicht die bereitwillige Hilfe mildthätiger Armenfreunde. Die Midland Eisenbahn hat dem Hilfscomité 2000 Centner Kohlen zur sofortigen Verfügung gestellt. Unter Vorsitz des Stadtraths Taylor (vom Londoner Arbeitsamt) fand gestern Nachmittag in Kensington die erste öffentliche Versammlung zur Hilfeleistung statt. Auch aus anderen Gegenden, wo Wasser und Fluth nicht gehaust haben, kommen betrübende Klagerufe. In den nördlichen Fabrik- und Bezirksdistricten ist die Noth unter den unbeschäftigten Arbeitern im Wachsen. Schottische Blätter entrollen von der Lage der Arbeiter in Glasgow ein düsteres Bild. In Northumberland können sich die Arbeitgeber mit den Arbeitern über das Maß der Lohnherabsetzung nicht einigen. Die große Eisenfirma in Middlesborough, Bolckow Vaughan und Co., soll eine weitere Anzahl Arbeiter entlassen haben. Andere Eisenfirmen haben eine Lohnherabsetzung um 15 Proc. angekündigt. Unter den arbeitenden Klassen wird sich der Winter recht schmerzhaft fühlbar machen.

Dover, 20. Nov. In der vergangenen Nacht hat an der Küste ein heftiges Unwetter gewüthet, bei welchem, wie man berechnet, etwa 13 Fahrzeuge auf den Dünen Schiffbruch gelitten haben. Ungefähr 40 — 50 Personen sollen umgekommen sein. (W. T.)

Griechenland.

Athen, 19. Nov. Der Gesetzentwurf, wegen dessen Vertagung der Justizminister um seine Entlassung bat, betrifft die Reform des Cassationshofs. Das Ministerium hat indeß auf der Annahme der Dringlichkeit für diese Vorlage mit solcher Bestimmtheit bestanden, daß die Kammer die Dringlichkeit fast einstimmig beschloß und der Justiz-Minister hierauf sein Entlassungsgesuch zurückzog. — Das Gesetz wegen Annullirung der von der früheren nicht vollzähligen Deputirtenkammer beschlossenen Gesetze ist vom Könige sanctionirt worden.

Amerika.

Newyork, 20. November. Nach einer hier veröffentlichten Depesche aus Washington hat der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika in Madrid an einen seiner Freunde in Washington einen Brief gerichtet, in welchem er ausführt, daß kein Grund vorliege, der die Besorgniß, daß der Frieden zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten gestört werde würde, rechtfertigen könnte. In der Depesche wird sodann bemerkt, daß die Regierung Meldungen in demselben Sinne erhalten habe. (W. T.)

Danzig, 22. November.

* Nach einer Bekanntmachung des Magistrats, welche in der Sonnabend-Nummer dieser Zeitung und in der Sonntags-Nummer des „Intelligenzbl." veröffentlicht war, sollte in Folge der Reparatur eines Röhrenschadens auf der Groß-Böhlkauer Feldmark gestern Nachmittag „möglicher Weise auf einige Stunden" die Wasserleitung abgesperrt werden. Die Form dieser Anzeige erklärt sich wohl daraus, daß die Reparaturarbeiten diesmal die Absperrung unmittelbar nicht nothwendig machten, da sie nicht die Strecke vom Hochreservoir bis zur Stadt, sondern die Strecke vom Quellengebiet bis zum Reservoir betrafen. Man scheint also — so vermuthen wir — die Absperrung nur deshalb für möglicherweise geboten erachtet zu haben, um nicht den Vorrath des Hochreservoirs, dem während der Reparaturbauten der Zufluß abgeschnitten war, sich ganz erschöpfen zu lassen. In der That hat nun die Absperrung nicht nur einige Stunden, sondern den ganzen Nachmittag und die Nacht hindurch gedauert. Wir nehmen an, daß die Unannehmlichkeit für die Bewohner der Stadt, so lange ohne Wasser zu sein, in diesem Falle nicht zu vermeiden gewesen ist und in einem ähnlichem Falle auch künftig nicht zu vermeiden sein wird. Aber zu vermeiden wäre es wohl, daß sich diese Unannehmlichkeit zu einer wahren Wassersnoth steigert, wie es gestern in vielen Haushaltungen der Fall war — wenn man nämlich solcher Anzeige eine größere Publicität gäbe. Freilich dulden derartige Reparaturen keinen Aufschub, so daß die dadurch nothwendig gewordene Absperrung der Leitung mehrere Tage vor ihrem Eintritt angekündigt werden könnte. In Erwägung aber, daß viele Einwohner unserer Stadt weder Zeitung noch Intelligenzblatt überhaupt lesen, andere diese Blätter erst später zu Gesicht bekommen, wäre es wohl geeignet, solche Bekanntmachung in ähnlichen Fällen durch auffallende Plakate zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

* Von heute ab ist der Worttarif für die bei deutschen Telegraphenstationen aufgegebenen, über England nach Nordamerika zu befördernden Telegramme eingeführt. Die Gebühr für die europäische Beförderungsstrecke bis Valentia in Irland beträgt für ein Wort über Borkum 40 ₰, über Norden oder Belgien 45 ₰ und über die Niederlande 50 ₰. Die Gebühren für die Beförderung von der irischen Küste bis nach Nordamerika bleiben die bisherigen.

\# Als gestern Abend der letzte Eisenbahnzug von Neufahrwasser in der Nähe des Olivaerthores angekommen war, wurde das Nothsignal gegeben und der Zug noch glücklich zum Stehen gebracht. Es hätte leicht ein Unglück geschehen können, denn es waren, wie man uns mittheilt, die Thorflügel an der Eisenbahnbrücke am Olivaerthor geschlossen; der Locomotivführer hatte es aber noch rechtzeitig bemerkt.

-a [Schwurgericht.] Die noch nicht 18 Jahre alte unverehelichte Charlotte Warmbier und der Commis Ewald Schoppig hatten im Herbst 1874 zu Danzig ein Liebesverhältniß angeknüpft und einige Zeit lang gemeinschaftlichen Haushalt geführt. Dabei waren die jungen Leute bald in Verlegenheit gerathen und hatten beschlossen, ein der Wittwe Groß zu Zoppot, bei welcher die Warmbier sich bisher als Pflegekind aufgehalten, zugehöriges Schuld-Document über 1500 ℳ. an sich zu bringen und dieselben von dem Aussteller des Documents, einem Besitzer in Carlikau, einzuziehen. Da die Warmbier den Aufbewahrungsort des Schuldscheins genau kannte und in dem Hause ihrer Pflegemutter noch immer verkehrte, war es ihr leicht, dasselbe heimlich fortzunehmen. Sie begab sich mit demselben zu dem Schuldner ihrer Pflegemutter und ersuchte ihn, angeblich in deren Auftrage, um eine Abschlagszahlung von 150 ℳ., die ihr auch gewährt wurde. Das Schuld-Document wurde dann wieder an seinen Aufbewahrungsort zurückgebracht, die erhaltene Summe für ihren und des Geliebten Lebensunterhalt verausgabt Durch den Erfolg kühn gemacht und gegen Ende Dezember aufs Neue in Verlegenheit gerathen, beschloß man, sich auch den Rest von 1350 Mk. zu verschaffen. Schoppig schrieb zu diesem Zwecke zunächst einen Kündigungsbrief, Inhalts dessen nach 4 Wochen jene 1350 Mk. zurückverlangt wurden; die Warmbier unterzeichnete denselben mit dem Namen A. Groß, stahl dann nach Verlauf der 4 Wochen ihrer Pflegemutter abermals den Schuldschein fort und erhob auf denselben die fällige Summe, die sie bei ihrer vor etwa 3 Monaten erfolgten Verhaftung bis auf ca. 300 Mk. ebenfalls verbraucht hatte. Das Brautpaar war dieserhalb am Sonnabend vor dem Schwurgericht, der Urkundenfälschung, die Warmbier außerdem des Diebstahls und wiederholten Betruges, Schoppig der Hehlerei angeklagt. Beide räumten den Thatbestand ein und entschuldigten sich damit, daß die Warmbier ihrer Niederkunft, welche später auch im Gefängnisse erfolgt ist, entgegengesehen hätte und daß Schoppig mit dem erschwindelten Gelde ein Geschäft begründen und die W. heirathen sollte. Die Geschworenen stellten fest, daß die zur Zeit der That noch nicht 18jährige Warmbier die zu ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen und nahmen bei beiden Angeklagten mildernde Umstände an. Auf Grund dieses Wahrspruches verurtheilte der Gerichtshof Beide zu je 4 Monaten Gefängniß, indem er namentlich auf die bisherige Untersuchungshaft Rücksicht nahm. — In dem zweiten am Sonnabend zur Verhandlung gelangten Anklagefall handelte es sich um einen Kindesmord, dessen die unverehelichte Marianne Bednareck aus Kobissau überführt wurde. Dieselbe hatte, wie sie selbst einräumte, am 5. Juli d. J. in dem Holzstalle des Gutsbesitzers Schröder heimlich ein Kind geboren und dasselbe unter einen Haufen Spähne versteckt, über den sie dann zwei gewichtige Hauklötze legte. Das Dienstmädchen Ellwaldt hatte sie im Stalle angetroffen und war ihr, da sie Blutspuren bemerkte, die Vermuthung gekommen, daß die B. das Kind bei Seite geschafft habe. Sie theilte ihren Verdacht dem Kutscher mit, der sofort nachsuchte und das Kind an der bezeichneten Stelle als Leiche auffand, worauf die Angeklagte sich im Parke versteckte. Nach ihrer Zurückführung räumte sie dem Dienstherrn ein, daß sie, vom Teufel dazu getrieben, das Kind getödtet habe, und zwar dadurch, daß sie es mit den Händen erdrosselte. Diese Angabe wird durch den Sectionsbefund der forensischen Aerzte bestätigt, welche bekunden, daß das Kind völlig entwickelt gewesen, daß die Lungen mit Luft gefüllt waren, daß es also gelebt habe und durch äußere Abschneidung der atmosphärischen Luft gestorben sei. Die Angeklagte stellte zwar heute den Vorsatz der Tödtung in Abrede, fand damit bei den Geschworenen aber keinen Glauben. Sie wurde, da auch ihr mildernde Umstände zugebilligt waren, zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Die Verhandlungen der vierten Schwurgerichtsperiode erreichten mit vorstehenden beiden Anklagesachen ihren Abschluß.

\# Dem Gasthofbesitzer Schwedland in Praust wurden in der Nacht zum Sonntag mittelst gewaltsamen Einbruchs Pferd und Wagen gestohlen. — Verhaftet wurden der Hausdiener M., der auf der Post in der Zeitungsausgabe dem Laufburschen U., der ihn gestoßen haben soll, mit einem Todtschläger ein großes Loch in den Kopf schlug, die Gebr. J., die auf der Langenbrücke eine Frau thätlich angegriffen, mehrere fremde Seefahrer, die einem Wachtmann, als er einen derselben wegen Ruhestörung arretiren wollte, thätlichen Widerstand leisteten, der Arb. G. wegen Diebstahls, Gefr. S., der am Sonnabend auf der Langenbrücke dem Kahnschiffer T. mit seinem Faschinenmesser einen Hieb über den Kopf versetzte.

* Für die Göttinger Universität ist an Zachariae's Stelle Ober-Appellations-Gerichtsrath Dr. John (gebürtig aus Marienwerder) von Lübeck berufen, der schon vor 4 Jahren dieser Universität angehörte, dann aber von Hamburg zum Mitglied des höchsten hanseatischen Gerichtshofes gewählt wurde. John hat den Ruf angenommen.

Z Elbing, 21. Novbr. Morgen beginnen hier die Stadtverordnetenwahlen. Aus den in unseren Localblättern veröffentlichten Candidatenlisten, Aufrufen 2c. wird der auswärtige Leser sich schwerlich ein Bild von der Confusion und dem Wirrwarr machen, worin diesmal durch allerlei Ungehörigkeiten das communale Wahlgeschäft gerathen ist. Wie immer war von einigen Bürgern öffentlich und ohne jede Parteibezeichnung zu einer allgemeinen Versammlung aufgefordert worden, in der die Wähler sich in freier Uebereinkunft über ihre Candidaten einigen sollten. Dies war einigen Eifrigen, Ehrgeizigen und deren Anhang entweder bedenklich oder nicht genehm. Sie hielten vorher ihre Conventikel ab, stellten für alle drei Abtheilungen vornweg ihre besonderen Candidaten auf, ließen für diese Wahlzettel drucken und vertheilten solche gedruckte Zettel in der allgemeinen Vorversammlung. Trotzdem ein so ungehöriges, bis jetzt unerhörtes Verfahren innerhalb jener Versammlung laut gebrandmarkt wurde, hielten sich doch Viele an jene Zettel und ein Theil der dort fixirten Candidaten verdankten diesem Kunstgriff ihre Ernennung. In der 3. Abtheilung, zu der auch die sog. Conservativen sich zahlreich eingefunden hatten, soll es bei jener allgemeinen Vorwahl etwas tumultuarisch hergegangen sein. Dies gab den Conservativen zunächst den Vorwand, sich an jene Vereinbarung nicht zu binden, sondern hier, wo die Chancen bekanntlich unberechenbar sind, eine eigene conservative, etwas ultramontane verquickte Liste zu publiziren. Aber auch von anderer Seite scheint man die aus der allgemeinen Vorabstimmung hervorgegangenen Candidaten nicht acceptiren zu wollen, man hat sich vor einigen Tagen noch einmal versammelt und ebenfalls eine neue Liste zusammengerührt. So wird morgen und an den folgenden Tagen nach 3—4 Wahlzetteln gestimmt werden. Das Resultat läßt sich deshalb, in der dritten Abtheilung wenigstens, schwer voraussehen, das nur steht fest, daß dieses widrige, bisher hier niemals vorgekommene Treiben auf alle Verständigen einen sehr unangenehmen Eindruck macht.

-h- **Aus dem Kreise Stuhm.** In Ihrer Zeitung befand sich eine Correspondenz aus Stuhm, wonach in Folge einer Anordnung des Oberpräsidenten eine Neuwahl zum Provinziallandtage stattfinden sollte, da die Wahl des Rittergutsbesitzers Plehn-Krastuden wegen Formfehlers ungiltig sei. Da diese Correspondenz mancherlei Unrichtiges enthält, so gestatten Sie mir wohl, die Sache, die schwerlich abgethan und wohl von allgemeinerem Interesse sein dürfte, in nachfolgenden Zeilen zu besprechen.

Am 30. October fand auf dem hierzu angesetzten Kreistage die Wahl zweier Abgeordneten zum Provinzial-Landtage statt. Im ersten Wahlgange wurde der Graf Rittberg-Stangenberg einstimmig gewählt. Im zweiten Wahlgange erhielten von 26 abgegebenen Stimmen der Rittergutsbesitzer Plehn 14, der Landrath Steinmann 12 Stimmen. Von dem Landrathe, der als Wahlcommissarius fungirte, waren die Stimmzettel selber geöffnet und laut vorgelesen, wonach durch die vorschriftsmäßig gewählten Stimmzähler, die Zählung geschah. Herr Plehn nahm die Wahl an, wurde von dem Landrath als Abgeordneter proclamirt, die Stimmzettel wurden sämmtlich versiegelt und dem Wahlprotokolle beigefügt. Nun aber hat der Hr. Landrath, wie er selbst erzählte, das versiegelte Couvert, worin die Stimmzettel des zweiten Wahlganges befindlich, am Tage nach der Wahl wieder geöffnet, weil es ihm nach seiner eigenen Angabe unglaublich erschienen, daß Hr. Plehn mehr Stimmen erhalten haben solle, als der Hr. Landrath. Beim Oeffnen des Couverts fand denn auch der Landrath 13 Stimmzettel für ihn selbst, 13 Stimmzettel für Rittergutsbesitzer Plehn. Zu bemerken ist nun, daß gegen die Wahl des Hrn. Plehn kein Protest bei dem Vorsitzenden des Kreistages eingelaufen war, der Vorsitzende aber, da er nicht Mitglied der Wahlversammlung ist, nach der Provinzialordnung einen solchen zu erheben nicht berechtigt ist. Der Landrath machte jedoch dem Oberpräsidenten von seiner nachträglichen Entdeckung Anzeige, und dieser ordnete an, daß auf einem Kreistage am 17. d. das Loos zwischen beiden Herren zu entscheiden, event. eine Neuwahl stattzufinden habe. Mehrere Mitglieder des Kreistages erhoben hiergegen bei dem Oberpräsidenten Einsprache, da nach der Provinzial-Ordnung nur der Provinziallandtag, nicht aber der Oberpräsident oder gar der Landrath zur Wahlprüfung berechtigt ist. Der Herr Oberpräsident blieb aber bei seiner Anordnung stehen und fand der Kreistag am 17. d. Mts. statt. Die 23 Herren, die zu diesem erschienen waren, lehnten es jedoch einstimmig ab, eine Losung vornehmen zu lassen oder an einer Neuwahl theilnehmen zu wollen. Es wurde von dem gesammten Kreistage ein Protest zu Protokoll gegeben, worin der Kreistag das Recht einer Wahlprüfung nur dem Provinzial-Landtage vindicirt! Es ist wohl von allgemeinem Interesse, daß dieser Vorgang zur öffentlichen Kenntniß gebracht werde, da wohl noch weitere Verhandlungen hierüber in Aussicht stehen.

<< Königsberg, 21. Nov. Unsere Stadtverordnetenwahlen kommen im Stadium der Vorwahl zu keinem erfreulichen Resultat. Eine große Partei will Wiederwahl, eine andree will „practische" Leute wählen. Die letzteren haben nun aber eine Candidatenliste aufgestellt, die denn doch zu allerlei Bedenken Veranlassung giebt. Man kann ein sehr braver Mann und tüchtiger Restaurateur, vortrefflicher Anstreicher, musterhafter Bäcker oder exquisiter Conditor sein, aber, daß mit all diesen Beschäftigungen ein weiter und vorurtheilsfreier Blick durchaus und allemal verbunden ist, davon haben wir bisher noch nie gehört und auch keine Veranlassung, in diesem speciellen Falle daran zu glauben. So scheint es fast, als wenn man an Stelle der grauen Theorie nicht des Lebens goldnen Baum, sondern die Philisterweisheit der Bierbank auf unser Rathhaus entsenden möchte. Welches von beiden Uebeln das größere, ist schwer zu entscheiden. Wenn wir uns für eines von beiden entscheiden sollten, würden wir — jedenfalls keines wählen. — Als Curiosum von der Gewerbeausstellung dieses Sommers wollen wir mittheilen, daß die drei auf dem Ausstellungsplatz aufgestellten Restaurationen der Herren Krahmer, Gehlhar und Redotteé nach ihrer Angabe alle drei zusammen einen Nettogewinn von nur 9 Thlr. 17 Sgr. gehabt haben wollen. Mit diesem schnöden Mammon haben die Herren denn beschlossen sich nicht weiter bereichern zu wollen. Bekanntlich sollen nach einem Beschlusse des Centralvereins deutscher Gastwirthe Kellner, wenn sie eine Reihe von Jahren auf derselben Stelle treu gedient, je nach der Dauer des Dienstes eine goldene oder silberne Medaille erhalten. Die oben genannten drei Herren haben denn den Ausstellungsgewinn dem Vereine als Beitrag zu den Kosten der Decorirung zur Verfügung gestellt. Die Sache mag ihre practische Bedeutung haben mit dieser Decorirung, eine komische hat sie nichtsdestoweniger auch. Kellner mit dem Ordensband der silbernen oder goldenen Medaille und noch mehr so decorirte Kellnerinnen sind eine Erscheinung von unwiderstehlicher Komik. Einen practischen Werth hat die Auszeichnung auch nicht in allen Fällen. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß das Publikum einer Kellnerin von 18 Jahren vor einer andern, die für zwanzigjährige treue Dienste mit der goldnen Medaille ausgezeichnet ist, den Vorzug geben wird. — Das Theatercomité wird sich in den nächsten Tagen schlüssig machen, welchem Bewerber es die Direction des Stadttheaters übertragen wird. Augenblicklich scheinen die Chancen am günstigsten für Herrn Stegemann, Baritonisten am Hoftheater in Hannover zu liegen. Wir theilten neulich mit, daß das Comité sich den Directionswechsel zu Nutzen macht. Man verlangt mehr Opfer im Interesse der Kunst seitens der Direction und giebt diesem Verlangen dadurch Ausdruck, daß man die Miethe um etwa 6000 Mk. erhöht! Dabei hatten wir jedoch zu erwähnen vergessen, daß das nicht der einzige Vortheil ist, den das Comité sich ausbedungen; es erhält außerdem täglich vier freie Plätze in erster Rang-Loge, was beiläufig auch einer Geldleistung von 1000 Thlr. und darüber gleichkommt.

Königsberg, 20. Nov. Nach der „P. L. Z." ist durch die Aufnahme des von Dr. Matern-Rothenstein dem Magistrat schon im Jahre 1867, also vor acht Jahren, unterbreiteten Projects zur Anlage einer Wasserleitung die vorausgesagte Entdeckung gemacht, daß wir vor dem Tragheimer Thor sowohl wie auch vor dem Steindammer Thor unter einer Schluffschicht das beste und reichlichste Wasser besitzen und es nur nöthig sein wird, dieses zu Tage und in eine sachgemäße Leitung zu führen. Die Bohrversuche, die Oberbürgermeister Selke vor Ankunft des Herrn Salbach unternehmen ließ, haben ein glänzendes Resultat ergeben. Sollte sich die angeführte erfreuliche Entdeckung bestätigen, so dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß man dem Dr. Matern'schen Project auch weiter folgen und die Wasserleitung auf eine billige Art herstellen wird.

* Dem Kreisgerichtsrath Pauly in Ragnit ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt worden.

* Der Kreisrichter a. D. Stock ist zum Kreisrichter beim Kreisgerichte zu Darkehmen ernannt.

— Wie der „Katholik" meldet, ist die altkatholische Gemeinde zu Insterburg mittelst Schreibens des Oberpräsidenten v. Horn vom 10. November c. an den Bischof Dr. Reinkens in Bonn staatlich anerkannt worden.

Vermischtes.

— Einer Dame, welche durch starkes, den ganzen Tag über fortgesetztes Clavierspiel bei offenen Fenstern ihrer Nachbarschaft zur wahren Landplage wurde, hat die Polizei in Weimar auf Grund der Straßenordnung eine Ordnungsstrafe von 1 Mark 50 Pf. auferlegt und diese Strafe wegen Widerspenstigkeit später auf 3 Mark erhöht.

— Die Neue Würzb. Ztg. schreibt: „Die Gemeinde Streit in Unterfranken schätzt die Schafzucht bedeutend höher als die Kindererziehung, weil erstere großen materiellen Nutzen abwirft und letztere große Kosten verursacht. In richtiger Würdigung dieser Verhältnisse hat sie den Schäfer im Schulhause einlogirt, während der Lehrer im Wirthshause sich behelfen muß. Gibt's wohl noch mehr derartige Zustände?"

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 20. Novbr. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. — Roggen loco still, auf Termine fest. — Weizen ⅌ Novbr. 126℔ 1000 Kilo 199 Br., 198 Gd., ⅌ Dezember-Januar 126℔ 197 Br., 196 Gd. — Roggen ⅌ November 1000 Kilo 154 Br., 152 Gd., ⅌ Dezember-Januar 150 Br., 149 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste still. — Rüböl flau, loco 75½, ⅌ Mai ⅌ 200 ℔ 74½. — Spiritus still, ⅌ 100 Liter 100 pCt. ⅌ Novbr. 36½, ⅌ Dezember-Januar 37, ⅌ April-Mai 38, ⅌ Juni-Juli 39. — Kaffee besser, Umsatz 2500 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 11,70 Br., 11,60 Gd., ⅌ November-Dezember 11,70 Gd., ⅌ Januar-März 11,70 Gd. — Wetter: Regen.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 22 November.

Weizen loco etwas gefragter, ⅌ Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	132-135℔	220-230 ℳ Br.	188-212 ℳ bez.
hochbunt . . .	131-134℔	212-220 ℳ Br.	
hellbunt . . .	127-131℔	210-215 ℳ Br.	
bunt	125-131℔	200-208 ℳ Br.	
roth	128-134℔	188-195 ℳ Br.	
ordinair . . .	122-130℔	180-200 ℳ Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 196 ℳ
Auf Lieferung 126℔ bunt ⅌ April-Mai 212 ℳ Br., 210½ ℳ Gd.

Roggen loco unverändert, ⅌ Tonne von 2000 ℔ 155 ℳ ⅌ 120℔ bez.
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 150 ℳ
Auf Lieferung ⅌ April-Mai 154 ℳ Gd.

Rübsen loco ⅌ Tonne von 2000 ℔
Regulirungspreis 308 ℳ

Raps loco ⅌ Tonne von 2000℔
Regulirungspreis 312 ℳ

Spiritus loco ⅌ 10,000 Liter pCt. 45 ℳ.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,305 gem., do. 3 Monat 20,157 Br. 4½ pCt. Preuß. Consf. Staats-Anleihe 104,15 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 89,65 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 83,00 Gd., 4 pCt. do. do. 92,65 Gd., 4½ pCt. do. do 100,25 Br. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br., 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99,75 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Brief.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 22. November 1875.

Getreide-Börse. Wetter: Schnee und Regen bei ganz trüber Luft. Wind: NO.

Weizen loco ist am heutigen Markte so schwach zugeführt gewesen, daß nur sehr wenig zu kaufen war, dagegen zeigte sich bei fester Stimmung etwas mehr Frage, besonders für hellfarbige Waare und sind 170 Tonnen zu vollen Sonnabendspreisen verkauft. Außerdem sind noch am Sonnabend 80 Tonnen grau glasig 125/6℔ zu 195 ℳ. verkauft worden. Heute ist bezahlt für Sommer- 130, 132/3℔ 188 ℳ., 135℔ 190 ℳ., grau glasig 130℔ 197 ℳ., hellfarbig 126℔ 198 ℳ., 127/8℔ 128/9℔ 200, 204 ℳ., hellbunt 131℔ 212, 214 ℳ., alt hellfarbig 212 ℳ. ⅌ Tonne. Termine fester. April-Mai 212 ℳ. Br., 210½ ℳ. Gd. Regulirungspreis 196 ℳ.

Roggen loco unverändert, 125/6℔ brachte 160½ ℳ. ⅌ Tonne. Umsatz 20 Tonnen. Termine April-Mai 154 ℳ. Gd. Regulirungspreis 150 ℳ. — Bohnen loco sind zu 178 ℳ. ⅌ Tonne verkauft. — Spiritus loco ist flau und heute zu 45 ℳ ⅌ 10 000 Liter pCt. gekauft.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 20. Nov. Wind: OSO.

Gesegelt: Margaret Reid, Bridgeford, Newburgh, Knochen. — Robert, Hendriksen, Rönne; Gemma, Olsen, Hull; Rhea, Budig, Bordeaux; sämmtlich mit Holz. — St. Athens, Mc. Kenzie, Shields, Getreide.

Den 21. Novbr. Wind: O.

Angekommen: Rembrandt (SD.), Binkhorst, Amsterdam, Güter. — Ravenspur (SD.), Wager, Rotterdam, Schienen.

Gesegelt: Taye Sylvan (SD.), Brunstedt, Shields, Getreide.

22. Novbr. Wind O.

Nichts in Sicht.

Thorn, 20. Nov Wasserstand: 3 Fuß — Zoll.
Wind: SO. Wetter: regnigt.

Stromauf:

Von Thorn nach Plock: Fröhlich, Heilfron, Façoneisen.

Stromab:

Butzner, Cohn, Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 1530 Ctr. Weizen.
Speltacker, Senator, Plock, Berlin, 1 Kahn, 881 St. Balken w. H.
Schleifke, Senator, Plock, Berlin 1 Kahn, 1137 St. Balken w. H.
Schlegel, Senator, Plock, Berlin, 1 Kahn, 897 St. Balken w. H.
Grajewski, Woldenberg, Plock, Thorn, 1 Kahn, 1081 Ctr. 20 ℔ Roggen.
Wolf, Schlesinger, Buck, Schulitz, 3 Traften, 9000 Eisenbahnschwellen, 500 St. Mauerlatten.

Meteorologische Beobachtungen.

21	12	334,98	+ 1,2	ONO., stark bewölkt.
22	8	335,95	+ 0,5	ONO., stark, Schnee.
	12	336,00	+ 1,2	ONO., stark, feiner Regen.

Heute Mittag wurde meine liebe Frau **Friederike**, geb. **Rohde**, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.
Danzig, den 21. November 1875.
Eduard Schütz, Klempnermeister.

Heute Abend 9½ Uhr wurde meine liebe Frau von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.
Danzig, den 20. Nov. 1875.
Otto Grünenwald.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Marie** mit dem Gutsbesitzer Herrn **Ewald Heyer** auf Polken bei Riesenburg beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.
Schadewinkel, d. 21. Nov. 1875.
622) **J. Hube** nebst Frau.

Die heute vollzogene Verlobung unserer Tochter **Elwine** mit dem Gutsbesitzer Herrn **Albert Grothe** aus Gr. Lichtenau beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.
Mielenz, den 21. November 1875.
E. Klinge und Frau.

Am Sonntag, den 21. d. M., wurde uns unser einziges theures Töchterchen **Clara** im Alter von 6 Jahren und 3 Monaten durch den unerbittlichen Tod entrissen. Wer die Verstorbene gekannt, wird unsern herben Schmerz zu würdigen wissen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr, auf dem neuen Heiligenleichnam-Kirchhofe statt.
Die tiefbetrübten Eltern
637) **Eugen Lewerenz** nebst Frau.

Heute Morgen entschlief sanft in Folge der Lungenentzündung unsere geliebte Mutter, Schwester und Tante, die verwittwete Frau Steuer-Inspector
Marianne Stegmann,
geb. **Berndts.**
Dieses zeigen statt besonderer Meldung tief betrübt an
die Hinterbliebenen.
Danzig, den 19. November 1875.

Heute Vormittag entschlief sanft unser geliebtes Töchterchen **Margarethe.**
Josephsdorf, den 20. Novbr. 1875.
Conrad Plehn,
Elisabeth Plehn,
589) geb. Nolda.

Nach langem Leiden starb heute 3½ Uhr Nachmittags unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Rentier
Salomon Niess,
im fast vollendeten 86. Lebensjahre.
Dieses zeigen wir tief betrübt Verwandten und Bekannten ergebenst an.
Neuteich, den 20. Nov. 1875.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr statt.

Am 20. November cr., Vormittags 10½ Uhr, entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Hofbesitzer
Friedrich Trick,
in seinem 49. Lebensjahre, welches wir tief betrübt anzeigen.
Hohenstein, den 22. Nov. 1875.
614) **Die Hinterbliebenen.**

Dampfer-Verbindung
Danzig—Stettin.

Nach Stettin laden:
Dampfer „Kreßmann", Capitain Scherlau, Donnerstag, den 25. November.
Dampfer „Erndte", Capitain Dahms, Mittwoch, den 24. November.

Güter-Anmeldungen nimmt entgegen
Ferdinand Prowe.

E. Fisch, Frauengasse 42 II.
Curse im Schnell- u. Schönschreiben, vermittelst derselben die ungeschulteste Handschrift nach kurzem Unterricht in eine bleibend geläufige und schöne Kaufmanns- oder Beamtenschrift umgestaltet wird.

Königs Coursbuch
November 1875.
Mit Eisenbahnkarte von Deutschland und Fahrplan der Danziger Pferdebahn.
Preis nur 30 Pfennige.
Vorräthig bei **Th. Anhuth**, Langenmarkt 10

Natives-Austern,
Holsteiner Austern,
Lebende Hummer
empfing
Bernhard Fuchs,
626) **Brodbänkengasse 40.**

Astrachaner Schotenkerne,
Teltower Rübchen,
Victoria-Erbsen
empfiehlt
H. Regier, Hundegasse 80.

Ausverkauf
zurückgesetzter wollener und halbwollener Kleiderstoffe, darunter:

Eine große Partie **Mohairs und Ripse** 9 Sgr. pr. Meter, 6 Sgr. pr. Elle,
" " " **Lustres** 5½ Sgr. p. Mtr., 3⅔ Sgr. p. Elle,
" " " 8/4 **Tartans** 18 Sgr. p. Mtr., 12 Sgr. p. Elle,
" " " **Jaconnetts und Cattune** 4½ Sgr. pr. Meter, 3 Sgr. p. Elle

bei **S. Hirschwald & Co.,**
Langgasse No. 79.

Dampfschiffahrt Danzig—Neufahrwasser.
Von Dienstag, den 23. November ab finden die letzten Fahrten statt:
von Danzig um 3 Uhr Nachmittags,
von Neufahrwasser um 4 Uhr Nachmittags.
Alex. Gibsone.

S. Baum,
Langgasse No. 45,
empfiehlt die neuesten Winter-Mäntel u. Paletots in reichhaltiger Auswahl.

Ballschuhe
jeden Genres sind zu billigen Preisen in **großer Auswahl** vorräthig, ebenso dazu passende verschiedene Garnirungen.
Atlasschuhe werden in jeder beliebigen Farbe aufs Sauberste bezogen.
L. Auerbach,
Wiener Damen- und Herren-Stiefel-Niederlage,
636) Heiligegeistgasse 142.

Damen-Stiefel
mit starken Doppelsohlen
für die jetzige Witterung, empfiehlt
L. H. Schneider,
Jopengasse No. 26.

Eine Partie rein wollener Umschlagetücher, die 6 bis 10 Thlr. gekostet haben, verkaufe ich jetzt, **um damit zu räumen, 2½, 3 und 4 Thlr. pr. Stück.**
S. Baum,
Langgasse No. 45.

Oelgemälde-Imitationen.
Kennern und Liebhabern von **wirklich gut ausgeführten** und **sorgfältig retouchirten Reproductionen** empfehle mein sehr reichhaltiges Lager, darunter viele so eben erschienene **Novitäten**, als **Festgeschenke** sich eignend: **zu allerbilligst gestellten Preisen.**
Carl Müller, Vergolderei, Spiegel- und Kunsthandl., Jopengasse 25.

Importirte Havanna- und auch **ächte Manila-Cigarren,** beide **1875er Ernte**, empfing eine Anzahl der besten Marken.
Emil Rovenhagen.

Vorzügliches Cösliner Lagerbier 25 Fl. 3 Rmk.,
Braunsberger Bergschlößchen 25 Fl. 3 Rmk.,
Malz-Gesundheitsbier 20 Fl. 3 Rmk.
empfiehlt **Robert Krüger,** Hundegasse No. 34.

Echtes Erlanger Exportbier
von **Gebr. Reif, Erlangen,** empfiehlt in Flaschen und **Gebinden**
Robert Krüger, Hundegasse 34.

Ein Reinigungs-Cylinder für eine Korn-Mühle ist billig zu verkaufen **Steindamm No. 7.**

Rumpunsch-Essenz
offeriren in vorzüglicher Waare
P. J. Aycke & Co.,
5338) Hundegasse 127.

Prima echten Schweizerkäse,
do. deutsch. do.,
do. Edamer Weidekäse,
do. holl. Süßmilchkäse,
Kräuterkäse,
Reifen Neufchateler und Roquefort-Käse,
Pumpernickel
empfing
H. Regier,
Hundegasse 80.

Bodenbacher, echt Erlanger Export-, sowie alle anderen Biere
empfiehlt das Bier-Verlagsgeschäft von
J. Jacobson,
Langgarten No. 113.
NB. Bestellungen nach außerhalb werden prompt effectuirt. (505

Amerikanische Korn-Reinigungsmaschinen, Buttermaschinen mit Göpelbetrieb fertigt
J. Zimmermann.
6611) **Steindamm 7.**

Der feine
Spielwaaren-Bazar
von **Louis Willdorff,**
Ziegengasse 5,
empfiehlt sein gut sortirtes Lager zu billigen Preisen.

Regenschirme
mit der neuen **Pariser** Mechanik
in größter Auswahl zu **anerkannt allerbilligsten** Preisen empfiehlt
Adalbert Karau.
Reparaturen schnell und billig in der **Schirm-Fabrik**
35. Langgasse im Löwenschloß **35.**

Regenschirme,
einfach, wie hoch elegant, in enorm großer Auswahl, äußerst billig bei
Alex. Sachs,
Schirmfabr., Matzkauschegasse.

Schlitten
jeder Art, **zum Kauf und zur Miethe** für den Winter offerirt
F. Sczersputowski,
Reitbahn 13.

Ein Paar gute Malzquetschwalzen sind billig zu verkaufen **Steindamm No. 7.** (580

Ein fast neuer Halbwagen mit Rücksitz, Thüren und Langbaum, und ein neuer Jagdschlitten steht Vorstädtischen Graben No. 54 zu verkaufen. (613

Ein gut erhaltenes hölzernes Göpelwerk ist billig zu verkaufen **Steindamm No. 7.**

Eine Wirthin d. in d. fein. Küche geübt und zugl. der Herrschaft Gesellschafterin sein kann, wird für's Land schleunigst gesucht.
Näheres Breitgasse 5, 1 Treppe.

Ein gebildeter junger Mann zur Erlern. der Wirthschaft auf einem Gute ohne Pens. w. gesucht. Näh. Weideng. 32, 1 T.

Ein verheiratheter Inspector, wird zum 1. April künft. Jahres gesucht.
Offerten werden unter No. 597 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Eine Dame aus anständiger Familie wünscht eine Stellung als **Repräsentantin der Hausfrau** von sogleich oder Neujahr anzunehmen.
Gef. Offerten werden unter No. 483 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein Buchhalter mit guten Empfehlungen sucht Engagement. Off. u. 486 i. d. Exp. d. Ztg. erb.

Gesucht
zum 1. April künftigen J. **eine Restauration oder ein dazu sich eignendes Lokal,** vorzugsweise gewünscht Westende der Hunde- Jopen- oder Heiligengeistgasse.
Offerten erbeten Jopengasse 24, part.

Die vom Oberregierungsrath v. Helmoldt bewohnten **2 elegant möblirten**
Vorderzimmer
sind Versetzungs halber zu vermiethen.
Näheres **Hundegasse 7, 3 Tr.**

Pfefferstadt No. 1, Seitenthüre, 1 Tr., ist **ein möbl. Zimmer mit Pension** an 2 oder 3 Herren zu vermiethen.

Neugarten No. 22d
ist die neudecorirte Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst allem Zubehör von sogleich oder auch vom 1. Januar ab zu vermiethen und von 10 Uhr ab zu besehen. (542

Hunde-Halle.
Verzapfe täglich
Cösliner Glas 15 ₰ | **Lager**
Pilsener Glas 20 ₰ | **bier.**
632) **C. H. Kiesau.**

Müller's Restaurant,
Breitgasse No. 39.
Heute sowie folgende Tage großes **Vocal- und Instrumental-Concert** meiner neu engagirten Damen-Capelle.

Sechs Vorlesungen zur Erhaltung der 4 Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten, im Gewerbehaussaale.
No. 2. Mittwoch, den 24. d. M., Abends 7 Uhr: Herr Dr. med. Loch liest über: „Genußmittel."
Einlaßpreis 1 M.

Die Avancirten incl. Obergefreiten der 2., 3. und 9. Compagnie der Ostpreußischen Festungs-Artillerie-Regiments No. 1, welche die Bombardements von **Thionville, Montmedy, Mézières und Paris** mitgemacht haben, werden einer Besprechung wegen, den 23. d. M., Abends 7 Uhr, im Restaurant des Herrn **Nowitzky, Milchkannengasse No. 1,** Speicher-Insel, eingeladen. (621

Neuer Gesangverein.
Dienstag, den 23. d. Mts., Abends 7½ Uhr, in der Aula der St. Johannisschule
Generalversammlung.

Theater-Anzeige.
Dienstag, den 23. November. (Ab. susp.) Benefiz für Hrn. Regisseur **L. Ellmenreich. Dorf und Stadt.** Schauspiel in 2 Abtheil. und 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.
Mittwoch, den 24. Novbr. (4. Ab. No. 1.) Zum ersten Male wiederholt: **Die Modelle des Sheridan.** Lustspiel in 4 Akten von H. Bürger.
Donnerstag, den 25. Nov. (4. Ab. No. 2. **Der Troubadour.** Oper von Verdi.
Freitag, den 26. November. (4. Ab. No. 3.) **Der Veilchenfresser.** Lustspiel in 4 Akten von G. von Moser.
Sonnabend, 27. Novbr., bleibt das Theater geschlossen.
In Vorbereitung: **Die Afrikanerin.** Große Oper von Meyerbeer. **Viel Lärm um Nichts.** Lustspiel von Shakespeare.

Selonke's Theater.
Dienstag, den 23. Novbr.: **Vorletztes Gastspiel des Prestidigitateurs Herrn Herrmann.** U. A.: **Othello in Kyritz.** Musikalischer Schwank.

Fetten Räucherlachs
a Pf. 20 Sgr., in Hälften billiger, prima **Astrachaner Caviar** a Pfund 1 Rt. 22½ Sgr., **Elb-Caviar** a Pfund 17½ Sgr., **Hälgolander Hummer** in 1- u. 2 ℔ Büchsen empfehle.
Albert Meck,
639) Heiligegeistgasse 29.

Zur Verhütung von Verlusten warne ich, auf meinen Namen Waaren ꝛc. zu verabfolgen, noch irgend etwas zu borgen. Ich komme für keinerlei Bezahlung oder Erstattung auf.
Gustav Theodor Böhrer.

Druckfehler-Berichtigung.
In dem Nachruf in der gestrigen Nummer soll es nicht heißen „leuchten Auges", sondern „feuchten Auges."

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9444 der Danziger Zeitung.

Danzig, 22. November 1875.

Reichstag.

12. Sitzung vom 20. November.

(Schluß.)

Staatsminister Camphausen: Ich will aus meiner bisher geübten Reserve als Finanzminister eines Einzelstaates, die meine Collegen in anderen Staaten ebenfalls geübt und sich an den Verhandlungen des Reichstages nicht betheiligt haben, ausnahmsweise heraustreten und als Finanzminister des mächtigsten Staates im Reiche Einiges zur Abwehr sagen, obwohl ich die Vertretung des Etats im Einzelnen meinem Freunde Delbrück und dessen Räthen überlassen kann. Es ist bisher im deutschen Reich üblich gewesen, die Erträge aus den Zöllen und Steuern gewissermaßen schablonenhaft zu berechnen, indem der Voranschlag dafür sie nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre in den Etat einstellte. Diese Methode hat zur Folge, daß nach günstigen Jahren hohe, nach ungünstigen niedrigere Ansätze gemacht werden, und in dem einen Fall die Ansätze nicht einmal erreicht werden, in dem anderen sich große Ueberschüsse einstellen. Diese Methode führt allerdings in der Regel dazu, etwas unter der Wirklichkeit zurückzubleiben, denn die Bevölkerung nimmt zu und der Handel befindet sich im Ganzen in einer fortschreitenden Entwickelung. Dieses Verfahren ist für den Etat von 1876 ebenfalls unverändert angenommen worden; wenn man aus den Sätzen der Jahre 1872—1874 die mittlere Zahl ableitet und einen entsprechenden Abzug für die aufgehobenen Steuern macht, so ergiebt sich der eingestellte Betrag. Die verbündeten Regierungen haben sich nicht zu irgend einem Zweck, den man ihnen unterstellen will, verleiten lassen, die Etatsansätze niedriger zu machen, als man nach der bisher befolgten Regel gewohnt war. Unter den Einnahmen des Jahres 1875 befinden sich in runder Summe 54 Mill. M. Ersparnisse früherer Jahre mit andern Worten die Ausgaben dieses Jahres haben, da sich 14 Mill. Ueberschuß ergeben haben, nicht den ganzen Zuschuß der früheren Jahre von 54 Mill. M., sondern nur 40 Mill. M. aufgezehrt. Wir können also das Finanzergebniß des Jahres 1875 als ein Deficit von 40 Mill. M. bezeichnen. Wir sind nun in den Stand gesetzt, dem Etatvoranschlag für 1876 abermals einen Zuschuß von 32 368 000 M. Ueberschüsse aus der Vorzeit zuzuführen; und man kann so operiren, — daß man noch den Ueberschuß des Jahres 1875 hinzurechnet und sagt: Es ist mit der Nothwendigkeit, neue Gelder zu beschaffen, zu Ende. Das wäre für 1876 richtig, und wenn alle Finanzkunst darin besteht, nur unmittelbar für das nächste Jahr die Geldmittel zu beschaffen und sich um die weitere Zukunft nicht zu kümmern, dann ist nichts einfacher als diese Etatsvorlage zum Abschluß zu bringen. Für das Jahr 1877 aber ist es mit dem Zuschuß der 46 Mill. M. vorüber, es ist alles Vorhandene aufgebraucht und wir stehen vor der Nothwendigkeit, dieses volle Deficit für das Jahr 1877 zu decken. Es ist unzweifelhaft für die Vertretung des Reiches eine sehr schwierige und unangenehme Aufgabe, neue Steuern zu bewilligen, es ist aber in gleichem Maße auch keine angenehme Aufgabe für die verbündeten Regierungen, neue Steuern zu fordern, und es wäre ihnen willkommener, wenn sich noch auf längere Zeit andere Auswege darböten. Käme es blos auf einzelne Palliative an, so erkenne ich sofort an, daß sie sich treffen ließen, und wenn, wie die Rede des Vorredners erwarten ließ, angenommen wird, man würde hier den preußischen Finenzminister mit bewegter Stimme um Ihre Hilfe flehen sehen, so hat man sich gründlich getäuscht. Ich weiß mit den Finanzverhältnissen Preußens, wenn man meinen Rath befolgen wird, zurecht zu kommen, Sie mögen beschließen, was Sie wollen; das Wörtlein „unmöglich" ist in meinem Wörterbuch sehr klein gedruckt (Sehr gut! links), und ich müßte mir eine sehr viel schärfere Brille aufsetzen, als diejenige, die ich trage, um es erkennen zu können. Aber wenn ich nicht im Interesse Preußens hier um eine momentane Aushilfe bitte, so bin ich den Staaten, die den Antrag gestellt haben, die Finanzen des Reiches solider zu gestalten, schuldig, ihrer Sache mich anzunehmen, und ich bin auch der Ansicht, daß es für die preußischen Finanzverhältnisse im höchsten Grade unerwünscht wäre, wenn Sie nach den Erwartungen des vorigen Jahres heute eine ganz andere Politik befolgen wollten. Ich bekenne offen, ich habe mich im vorigen Jahre geradezu gefreut, daß der Reichstag das schablonenhafte Vorgehen bei der Feststellung des Etats verließ und sich dafür entschied, aus den vorhandenen Ersparnissen einen Theil der Bedürfnisse des Jahres 1875 zu decken. (Hört! hört!) Ich habe damit die Erwartung verbunden, daß die Matricularbeiträge nicht als eine constante Summe, sondern als eine Maximalsumme betrachtet werden würden. An die geäußerte Besorgniß, daß durch den nunmehr von den Regierungen vorgeschlagenen Weg das verfassungsmäßige Recht des Reichstages in Bezug auf die Matricularbeiträge beeinträchtigt werden könnte, hat Niemand von uns gedacht. Hättee ich eine solche Besorgniß gehegt, so würde ich nicht allein, wenn ich in Ihrer Mitte säße, dafür sorgen, daß dieses Recht nicht verkürzt werde, sondern ich sähe es an dieser Stelle als meine Pflicht an, dafür zu sorgen, daß dies nicht eintritt. (Beifall.) Wenn Sie die Bewilligung der Matricularbeiträge als ein solches verfassungsmäßiges Recht hinstellen, als eine Waffe, die im Nothfall gebraucht werden kann, glauben Sie denn, daß diese Waffe nicht eben so scharf sein würde, wenn man statt 50 Millionen M. nur 15 Mill. M. zu bewilligen hat? Ich freute mich über das von Ihnen im vorigen Jahr eingeschlagene Verfahren deshalb, weil es mir hohe Zeit zu sein scheint, daß der Reichstag bei der Bewilligung von Ausgaben sich auch an der Sorge für die Deckung derselben betheilige. (Sehr richtig!) Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß die Zusicherung vom Throne herab, der Friede sei gesichert, gleichsam in Widerspruch stände mit den Anforderungen für die Militärverwaltung, dann sage ich: kann jetzt noch Jemandem verborgen bleiben, daß die in der Mitte Europas gelegene große Macht des Reiches die Friedensbürgschaft ist, und daß diese Bürgschaft erschüttert würde, wenn wir es versäumen wollten, unsere militärischen Einrichtungen so zu erhalten, daß wir den etwaigen Gefahren gewachsen sind. (Sehr wahr.) Damit spreche ich nicht aus, daß jeder einzelne Titel des Militäretats unanfechtbar ist. (Sehr gut.) Sehen Sie zu, wo Sie etwas herausfinden; die Regierungen sind mit Rothstift und mit Blaustift hinterher gewesen, um das Mögliche zu ersparen. (Hört, hört!) Und nun möchten denn doch die Vorlagen der verbündeten Regierungen in einem etwas andern Licht erscheinen, als bisher dargestellt worden ist. Durch die vorgelegten Steuerprojekte würde immerhin nur eine Abschlagszahlung erfolgen, ob sie ausreichen wird, steht dahin. Ich kann mich nicht mit dem Gedanken befreunden, daß jetzt in unserem lieben Vaterland so fürchterliche Zustände angebrochen sind, wie man vielfach glaubt, daß wir noch lange unter den Folgen der jetzigen Krisis leiden werden. Meiner Auffassung nach hat das Publikum in Deutschland, durch die Gewinnsucht verleitet, lange Zeit schwindelhaften Unternehmungen Vorschub geleistet. Ich mache nicht Einzelne verantwortlich, die ganze Nation war von einem gewissen Schwindel erfaßt; Heute überläßt sich das Publikum einem viel zu weit getriebenen Mißtrauen (Sehr wahr!), heute werden die Kapitalien zurückgehalten, während sie für eine Menge der solidesten Papiere die lohnendste Anlage bilden würden. In diesem Augenblicke bereitet sich in dem Lande, in dem der Kapitalreichthum am meisten vertreten ist, schon eine Periode des Ueberschusses am flüssigen Kapital vor; die Bank von England hat, obschon ihr unausgesetzt Gold abgezogen wurde, den Discontosatz von 4 auf 3 pCt. herabsetzen müssen, und wie lange die preußische Bank den Discontosatz von 6 pCt. noch beibehalten wird, weiß ich nicht; wenn ich es zu thun hätte, wäre er heruntergesetzt. Nach meiner Meinung haben wir in Deutschland den Ernüchterungs-Prozeß durchgemacht und kehren mit langsamen Schritten zum normalen Zustand zurück, wo sich die Nation wiederfinden wird als eine, die in völliger Gesundheit mit erhöhter Intelligenz ihre Aufgaben fortführt, so daß die wirthschaftliche Entwickelung schon in naher Zukunft eine günstige Wendung nehmen wird. Davon ausgehend erwarte ich für die Zukunft ein Steigen der Erträge aus Zöllen und Steuern, aber zu dem Glauben, daß dadurch das Vacuum von 46 Millionen M. gedeckt werden soll, kann ich mich nicht emporschwingen, zumal die Zinsen aus belegten Reichsgeldern sich vermindern werden. Deshalb ist es ein Act der Vorsicht, die Einnahmen des Reiches in mäßigem Betrage zu erhöhen. — Das eine der beiden Steuerprojecte ist eine Erhöhung einer bestehenden Steuer und kann deshalb kaum ein Steuerproject genannt werden. Gegenüber den Erklärungen, die eine solche Steuer unmoralisch finden wollten, begnüge ich mich darauf hinzuweisen, daß in einem großen Theil Deutschlands eine höhere Steuer besteht, und daß ein rationelles System indirecter Besteuerung jedenfalls dazu führen wird, nicht allein den Tabak, sondern auch die Getränke höher zu besteuern. In England hat im Jahre 1873 die Brausteuer eine Revenue von 155 000 M. gebracht, dem gegenüber legen wir einen sehr bescheidenen Antrag vor. Gefällt Ihnen diese Steuer nicht, so empfehle ich Ihnen primo loco die Börsensteuer. Diese Steuerreform, die nur Seitens des Reiches durchgeführt werden kann, kann meines Erachtens nicht frühzeitig genug vorgenommen werden, denn unsere Stempelgesetzgebung trifft zur Zeit die verschiedenen Geschäfte nicht gleichmäßig. Wenn man unter Steuerreform nur den Erlaß von Steuern versteht, dann ist die Börsensteuer keine Steuerreform, wohl aber, wenn man das als Steuerreform anerkennt, was dazu dient, die verschiedenen Verhältnisse mit gleicher Gerechtigkeit zu messen und zu beurtheilen. Ich werde mich mit diesen wenigen Worten begnügen; ich fürchte, daß ich vor einem Hause spreche, bei dem schon res judicata besteht. (Hört! hört!) Hindern Sie die Regierungen an der Durchführung ihres Vorsatzes, so werden wir mit Ruhe auf unsere Vorschläge zurückblicken können, durch deren Annahme Sie nach unserer Ueberzeugung das Wohl des Reiches fördern werden. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Ich bin mit dem festen Willen hergekommen, für die Börsensteuer zu stimmen, aber nach dem Exposé des Finanzministers, daß er im Augenblick keine neuen Steuern braucht, bin ich nicht mehr in dieser Lage. Was dann die Forderungen für das Militär betrifft, so bin ich gern bereit, Alles zu bewilligen, was die Wehrhaftigkeit des Landes erfordern wird, aber ich habe doch Bedenken gegen die Umwandlung in der Besetzung der bisherigen Landwehrbezirks-Commandos. Die Bedenken dagegen sind schon vom Abg. Richter bezeichnet worden; es sollen active Offiziere an die Spitze treten; dieselben sind doch einem häufigen Wechsel unterworfen und haben keine Kenntniß der lokalen Verhältnisse, die dringend nothwendig ist. Ueber die neuen Steuern brauche ich eigentlich kein Wort zu verlieren, nachdem sie vom Finanzminister selbst fallen gelassen sind, nur auf einige seiner Bemerkungen hinsichtlich der finanziellen wirthschaftlichen Lage will ich etwas erwidern. Das völlige und schwere Darniederliegen aller Industrie, die Befürchtungen, die sich an das Reichsbankgesetz, an die Einführung der Goldwährung knüpfen, die Pläne, die in der Luft schwirren über ein einheitliches Tarifsystem beunruhigen die Nation im höchsten Grade. Der Abg. Rickert hat die jetzige Situation in rosigstem Licht geschildert; er sieht eben die Dinge so an, wie sie in seiner Vaterstadt Danzig sind, und vergißt, daß die Seestädte erst viel später vom Darniederliegen alles Verkehrs betroffen werden. Es ist nun gesagt worden, wir haben uns zu einer Ueberspeculation mit den Milliarden verleiten lassen und kranken jetzt an den Folgen; es soll, wie der Abg. Richter sagt, dies eine ganz natürliche Consequenz des französischen Krieges sein. Warum, frage ich, sind denn die Folgen bei Frankreich nicht so aufgetreten wie bei uns; warum befindet sich Frankreich wohl und wir uns schlecht? Unverständlich ist mir dann, wie man die Ueberproduction in Eisen der Industrie vorhält, um zu motiviren, daß man die Eisenzölle aufheben muß. Als Trost für die gedrückte Lage der Industrie werden zwei Dinge uns vorgeführt; einmal sollen die Lohne herabgesetzt werden,

was aber nicht angeht, da die Arbeiter vermöge ihrer gesteigerten intellektuellen Ausbildung höhere Ansprüche an das Leben machen können. Als Grund für die Herabsetzung der Löhne gab man an, daß die Leistungen der Arbeiten nicht im Verhältniß zu ihren Leistungen ständen; auf Grund einer ziemlich genauen Enquete kann ich aber sagen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter seit 1864 in steter Steigerung begriffen ist. Als zweites Trostmittel wird unserer Industrie gesagt, wir werden die Tarife der Eisenbahnen, die jetzt im großen Wirrwarr befangen sind, einheitlich regeln und dadurch der Industrie erheblich aufhelfen. Ich erinnere nur daran, daß 134 verschiedene Tarife existiren und daß die Abrechnungskosten unter den einzelnen Eisenbahnverwaltungen eine Höhe erreiche haben, die Alles übersteigt, was man sich vorgestellt hatte. Abg. v. Schorlemer wollte keine Rückgängigmachung der Aufhebung der Eisenzölle. Er sieht nicht ein, daß das System der Differenzialtarife genau auf demselben Prinzip beruht wie das des radicalen Freihandels. So wie Sie dies bei den Zöllen zulassen, müssen Sie es auch bei den Differenzialtarifen gestatten. Jedenfalls hat die Landwirthschaft kein Recht, die Abschaffung der Differenzialtarife zu verlangen, während sie auf der anderen Seite den radicalen Freihandel nicht will. (Rufe: Zur Sache!) Ich weiß, daß ich mit meinen Anschauungen ziemlich allein stehe; es setzt mich dies nicht besonders in Schrecken, denn ich habe mich in meinem politischen Leben oft in der Minorität befunden (Heiterkeit), ich erinnere Sie daran, daß, als ich in den sechsziger Jahren den Fürsten Bismarck als den Mann bezeichnete, der die deutsche Politik zu leiten im Stande sei, da hielten Sie mich für das maison de santé reif (Heiterkeit; Widerspruch links; Rufe: zur Sache). M. H., ich spreche zur Sache; es handelt sich um die Frage des radicalen Freihandels. (Unruhe; Rufe: zur Sache.) Ich bin bei der Sache und bitte den Präsidenten, mich in meiner Redefreiheit zu schützen.

Präsident: Bis jetzt habe ich den Redner noch nicht zur Sache gerufen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff: Sie werden, m. H., die Erfahrung machen, ob die Handelspolitik, die jetzt verfolgt wird, richtig ist. Wenn der Zinsfuß sinken, der Werth des Grund und Bodens steigen, wenn die Arbeitslöhne sich erhöhen sollten im nächsten Jahre, dann werde ich der Erste sein, der bekennt, sich heute geirrt zu haben; wenn aber der Zinsfuß steigen, der Werth des Grund und Bodens sinken sollte, dann haben Sie m. H., die Verantwortung zu tragen für die Consequenzen der Handelspolitik, die Sie inaugurirt haben.

Minister Camphausen: Der Vorredner befindet sich in großem Irrthum, wenn er meint, ich hätte die Steuergesetze fallen gelassen. Wozu würde ich mich dann bemüht haben, Ihnen die Gründe für diese Steuergesetze ausführlich darzulegen. Ich halte sie im Gegentheil vollständig aufrecht und muß dem Reichstage die Verantwortung für ihre Ablehnung überlassen.

Abg. Lasker: Die Rede des preußischen Finanzministers hat nicht blos auf die Forderung des Etats, sondern auch auf die Verständigung zwischen Reichstag und Regierung im höchsten Grade fördernd und klärend gewirkt. Ich bin bereits jetzt überzeugt, daß die dem Anscheine nach in großer Disharmonie mit der Regierung begonnene und fortgeführte Budgetdegatte in vollständiger Harmonie enden wird. Ich weiß es bereits jetzt, daß die Budgetdebatte ausscheiden wird aus den politisch wichtigen Debatten dieser Session, bei welchen eine Differenz mit der Regierung sich herausstellen könnte. Es ist vor Allem der Unterschied festzuhalten, welcher zwischen den Finanzaufgaben obwaltet, die zum jährlich festzustellenden Etat gehören und denen, die Steuergesetze und Steuerreformen betreffen. Die Regierung hat einen großen Fehler begangen, daß sie die Steuergesetze zu einem Theil der Budgetverhandlungen gemacht hat. Es ist ganz unmöglich, aus den Ergebnissen eines einzelnen Etatsjahres eine neue Steuer begründen zu wollen. Als ich den Etat durchsah, sagte ich mir: über diesen Etat mit der Regierung in eine Differenz zu gerathen, würde beinahe ein Muthwille sein. Es liegt in der Tat gar keine Veranlassung dazu vor. Das Aufbringen von 4 Millionen Mark in einem Reiche von 40 Millionen Einwohnern kann im Ernst keine Ursache zu einer solchen Differenz sein, und ich zweifle gar nicht, daß die Budgetcommission mit Vorschlägen zu uns zurückkommen wird, die bei der großen Mehrheit des Hauses bereitwillige Annahme finden. Ueber die Biersteuer hat der Finanzminister bereits Kritik geübt, da er sie für eine solche erklärte, die in Zusammenhang gebracht werden müsse mit einer gerechten Ausgleichung zwischen Nord- und Süddeutschland. Daß diese Steuer in der beabsichtigten Weise nicht durchführbar ist, kann man aus der Vorlage selbst entnehmen. Die Börsensteuer aber, deren Nothwendigkeit im Interesse der gerechten Ausgleichung der Finanzeinnahmen des Reiches ich durchans anerkenne, kann nicht für sich allein auftreten, sondern allein unter Würdigung der gesammten Stempelsteuer, bei der anerkanntermaßen eine Ausgleichung nothwendig ist, weil gegenwärtig höchst unbillige und belastende Sätze für einzelne Formen des Verkehrs vorhanden sind. Diese beiden Steuern haben ganz und gar den Charakter an sich, zu einer bloßen Ausgleichung für das Budget zu dienen, als Deckung für ein geringes Deficit, das sich zufällig in einem Etatsjahr herausgestellt hat. Wir sind im Uebrigen weit entfernt davon, eine Differenz mit der Regierung zu befürchten; wir müssen uns im Gegentheil den verdienten Finanzleitern des Reiches und des preußischen Staates um so fester anschließen, je mehr wir sehen, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, und wie gerade diejenigen, die sich in den letzten fetten Jahren der Ueberspeculation sich ganz vollgefüttert haben, in überstürzender Hast die Regierung drängen, jetzt in den Zeiten der Krise, ihre Schutzzölle zu befestigen und zu erhöhen. Das sind gerade diejenigen, die diese Krisis zum nicht geringen Theile mit verschuldet haben, die insbesondere durch die ungesunde Eisenbahnwirthschaft gerade dadurch, daß sie in dem selbstgeschaffenen Zustande die wirthschaftlichen Verhältnisse völlig verschoben, die Arbeiter in Massen an ungeeignete Plätze verlockt haben, wo sie plötzlich nach Einbruch der Krise brodlos werden müssen, und die unendliches Unheil über das Land gebracht. Eben diese wollen jetzt Unterstützung vom Staat. Ich hoffe, der Staat wird sie sitzen lassen und ihnen die Lehre geben, daß man die Zeiten der Ueberspeculation nicht ungestraft ausbeuten dürfe, um sich selbst zu bereichern. — Dem Abg. Minnigerode gebe ich vollständig zu, daß seine Partei an den nach meiner Ueberzeugung segensreichen Gesetzen der Gewerbeordnung und Freizügigkeit völlig unschuldig ist, keineswegs unschuldig aber ist sie an dem einzigen Gesetz, das ich als verderblich anerkennen muß, das ist das Actiengesetz. Als wir das votirten, da hat kein einziger von Ihnen dagegen seine Stimme erhoben. Eine Krisis in dem Maße, wie sie von den Vertretern der Conservativen uns ausgemalt wird, kann ich gar nicht anerkennen. Sie müssen doch die Verhältnisse ihrer bevorzugten Klasse nicht als maßgebend betrachten für den Wohlstand der Nation. Ich frage: haben etwa die Einlagen der Sparkassen abgenommen? Im Gegentheil, sie nehmen zu. Ebenso hört man die kleinen Landwirthe durchaus nicht klagen, höchstens über Arbeitermangel, an welchem aber die schwindelhaften Production, an denen Männer aus den höheren Klassen, die zu Ihrer Partei gehören, in hervorragendem Maße sich betheiligt haben. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.) Gewiß, m. H., haben Sie denn ganz vergessen, wer die Genossen der Strousberge waren und noch sind? Wenn auch dem einen oder dem anderen eine Quittung der vollständigen Unschuld ausgestellt wird, sie werden doch unmöglich vergessen machen können, daß nicht durch unsere wirthschaftliche Gesetzgebung diese Calamität verschuldet worden ist, sondern gerade in erster Linie von denen, welche vorgestern, gestern, ja heute noch laut und mit Emphase gegen diese Gesetzgebung declamiren. Ich hoffe, daß es der liberalen Partei vergönnt sein wird, mit der Regierung weiter fortzuwirken in der Fortführung ihrer bisherigen Wirthschaftspolitik, und ich freue mich, diese Hoffnung durch die heutige Rede des Finanzministers bestätigt zu sehen.

Geh. Rath Michaelis: Die verbündeten Regierungen haben bei der gegenwärtigen Finanzlage in den Ausgaben des Reichs sich auf das Nothwendigste beschränkt, und eine große Anzahl dringend wünschenswerther Anforderungen mit schwerem Herzen zurückgestellt. Wenn nun trotzdem der Etat ein Deficit nachweist, so ist es durchaus unzulässig, zur Deckung desselben auf Einnahmen hinzuweisen, über die erst die Zukunft eine sichere Auskunft geben kann, und die durchaus zweifelhafter Natur sind. Wollen Sie somit die zu dieser Deckung vorgeschlagenen Steuern verwerfen, so müssen Sie auch die volle Consequenz eines solchen Beschlusses tragen und der ist kein anderer, als die Nothwendigkeit der Erhöhung der Matricularbeiträge.

Nachdem bereits mehrere Vertagungsanträge gestellt und abgelehnt sind, wird der Schluß der ersten Berathung beschlossen. Das Haus beschließt im Sinne des Antrages Rickert-Richter, den Reichshaushalt bis auf gewisse der Budget-Commission zu überweisende Theile im Plenum durchzuberathen. — Nächste Sitzung Montag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 20. November. Effecten-Societät. Creditactien $159\frac{3}{4}$, Franzosen $247\frac{1}{4}$, Lombarden $92\frac{1}{4}$. Galizier —, Reichsbank $153\frac{1}{16}$, 1860er Loose $109\frac{3}{8}$, Bankactien 802. — Schwankend, Schluß schwächer.

Bremen, 20. Nov. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,10, pr. Dezember 11,20, pr. Januar 11,40, pr. Februar 11,40. Sehr fest.

Amsterdam, 20. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 294. — Roggen pr. März 193. — Raps pr. April 425 Fl.

Wien, 20. Novbr. (Schlußcourse.) Papierrente 69,35, Silberrente 73,50, 1854r Loose 105,30, Bankactien 914,00, Nordbahn —, Creditactien 188,50, Franzosen 284,00, Galizier 197,50, Kaschau-Oderberger 115,00, Pardubitzer 131,50, Nordwestbahn 139,00, do. Lit B. 45,00, London 114,00, Hamburg 55,70, Paris 45,15 Frankfurt 55,65, Amsterdam —, Creditloose 163,75, 1860er Loose 110,80, Lomb. Eisenbahn 106,00, 1864er Loose 134,80, Nationalbank 70,70, Anglo-Austria 90,30, Napoleons 9,13, Ducaten 5,38$\frac{1}{2}$, Silbercoupons 105,00. Elisabethbahn 161,20, Ungarische Prämienloose 74,80, Preuß. Banknoten 1,69$\frac{1}{4}$. Türk. Loose 30,80.

London, 20. Novbr. [Schluß-Course.] Consols 95. 5pCt. Italienische Rente $71\frac{7}{8}$. Lombarden $9\frac{5}{16}$. 3pCt. Lombarden-Prioritäten alte $9\frac{3}{8}$. 3pCt. Lombarden-Prioritäten neue $9\frac{1}{4}$. 5pCt. Russen de 1871 $98\frac{3}{4}$. 5pCt. Russen de 1872 $97\frac{3}{4}$. Silber $56\frac{5}{8}$ Türkische Anleihe de 1865 $23\frac{5}{8}$. 6pCt. Türken de 1869 $26\frac{7}{8}$. 6pCt. Vereinigte Staaten pr. 1885 $103\frac{5}{8}$ 6pCt. Vereinigte Staaten 5pCt. fundirte 104 Oesterreichische Silberrente 65. Oesterreichische Papierrente 61. 6pCt. ungarische Schatzbonds $94\frac{1}{4}$. 6pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission —. Spanier —. 6pCt. Peruaner 35. — Aus der Bank flossen heute 17 000 Pfd. Sterl. Platzdiscont $2\frac{5}{8}$ pCt.

Liverpool, 20. Nov. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middling Orleans $7\frac{3}{16}$, middling amerikanische $6\frac{7}{8}$, fair Dhollerah $4\frac{3}{4}$, middl. fair Dhollerah $4\frac{1}{2}$, good middl. Dhollerah $4\frac{1}{4}$, middl. Dhollerah 4, fair Bengal $4\frac{1}{8}$, good fair Broach $5\frac{1}{4}$, new fair Oomra $4\frac{11}{16}$, good fair Oomra $5\frac{3}{8}$, fair Madras $4\frac{3}{4}$, fair Pernam $7\frac{5}{8}$, fair Smyrna $6\frac{1}{8}$, fair Egyptian $7\frac{1}{2}$. — Stetig, Ankünfte fest.

Paris, 20. Nov. (Schlußcourse.) 3pCt. Rente 66,22$\frac{1}{2}$. Anleihe de 1872 104,10. Italienische 5pCt. Rente 72,27$\frac{1}{2}$. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen 497,00, Franzosen 623,75. Lombardische Eisenbahn-Actien 230,00. Lombardische Prioritäten 235,00. Türken de 1865 24,05. Türken de 1869 137,00. Türkenloose 69,25. — Credit mobilier 185. Spanier extér. $18\frac{1}{4}$, do. intér. —, 6pCt. Peruaner $34\frac{1}{4}$. — Sehr fest und belebt.

Paris, 20. Nov. Productenmarkt. Weizen behpt., pr. November 26,50, pr. Dezember 26,75, pr. Januar-April 27,75, pr. März-Juni 28,75. Mehl matt, pr. November 58,75, pr. Dezember 58,75, pr. Januar-April 60,50, pr. März-Juni 62,00. Rüböl weich., pr. November 111,50, pr. Dezember 111,50, pr. Januar-April 102,00, pr. Mai-August 95,00. Spiritus fest, pr. November 44,50, pr. Mai-August 48,75.

Antwerpen, 20. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 28. Roggen unverändert. Hafer matt. Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., pr. November $27\frac{3}{4}$ bez. 28 Br., pr. Dezember $27\frac{3}{4}$ bez., 28 Br., pr. Januar 28 bez. und Br., pr. Februar 28 Br. — Steigend.

Newyork, 20. Novbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4D. 84$\frac{1}{2}$C., Goldagio $14\frac{3}{4}$, 5/20 Bonds pr. 1885 $116\frac{2}{3}$, do. 5pCt. fundirte 117, 5/20 Bonds pr. 1887 $122\frac{1}{2}$, Eriebahn $16\frac{1}{8}$, Central-Pacific $105\frac{3}{4}$, Newyork Centralbahn 106. Höchste Notirung des Goldagios $14\frac{3}{4}$, niedrigste $14\frac{5}{8}$. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork $13\frac{3}{8}$, do. in New-Orleans $12\frac{1}{2}$, Petroleum in Newyork 13, do. in Philadelphia $12\frac{3}{8}$, Mehl 5D. 75C., Rother Frühjahrsweizen 1D. 37C., Mais (old mixed) 74C., Zucker (Fair refining Muscovados) $7\frac{7}{8}$, Kaffee (Rio-) $18\frac{3}{4}$, Schmalz (Marke Wilcox $13\frac{1}{4}$C., Speck (short clear) 11C., Getreidefracht $9\frac{1}{4}$

Productenmärkte.

Königsberg, 20. Novbr. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus ist ferner im Werthe gewichen, starke Offerten von effectiver Waare drückten den Preis, worunter auch Termine zu leiden hatten. Loco wich auf 45 M., Frühjahr auf 50 M., Mai-Juni auf 51 M. pro 10 000 pCt. ohne Faß.

Stettin, 20. Nov. Weizen pr. Novbr.-Dezbr. 197,00 M., pr. April-Mai 211,00 M. — Roggen pr. November-December 149,50 M. pr. December-Januar 150,00 M., pr. April-Mai 155,00 M. — Rüböl 100 Kilogr. pr. November-Dezember 68,00 M., pr. April-Mai 71,25 M. — Spiritus loco 45,00 M., pr. Novbr.-December 45,50 M., pr. April-Mai 49,00 M. — Rübsen pr. Frühjahr 330,00 M.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.